Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 1/1978

Krisenbedingungen und Arbeitskämpfe Zur Entwicklung sozialer Kämpfe in der Bundesrepublik 1975 bis 1978

Klaus Pickshaus

I. Determinanten der sozialen Bewegung in der Krise — II. Die Streikentwicklung 1975 bis 1978 — III. Die Tarifbewegungen 1975 bis 1978 — IV. Arbeitskämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau — V. Eine neue Etappe sozialpolitischer Auseinandersetzungen

Fünf Tage Arbeitskampf in den Seehäfen der Bundesrepublik, Streiks und Aussperrungen in der Druckindustrie, Streiks und Aussperrung in der Metallindustrie Baden-Württembergs, gleichzeitig Zuspitzung der Tarifauseinandersetzungen in neuen Bereichen wie der Bauindustrie — begann 1978 nach Jahren krisenbedingter Ruhe eine Phase harter sozialer Kämpfe in der Bundesrepublik? Hat die disziplinierende Wirkung einer Reservearmee von fast 2 Millionen offener und verdeckter Arbeitsloser nur vorübergehend die zu Beginn der siebziger Jahre neu gewachsene Streikbereitschaft und Erfahrung dämpfen können?

Nach dem Signal des Druckerstreiks 1976 zeigten schon die Gewerkschaftstage im Herbst 1977, insbesondere der der IG Metall, der Gewerkschaft Holz und Kunststoff und der IG Druck und Papier, daß der Krisenschock nicht eine dauernde und allgemeine Lähmung der Widerstandskraft der Arbeiterklasse bewirken konnte. Vielmehr hatten das Erlebnis der Krise und ihrer Auswirkungen wie auch die insgesamt nicht wenigen betrieblichen und tariflichen Abwehrkämpfe offensichtlich bei Teilen der Arbeiterklasse zu einem Anstau des Unmuts und einer Aktivierung der Kampfbereitschaft geführt, die angesichts der aggressiven Offensive des Kapitals in der Tarifrunde 1978 in eine breite Gegenbewegung mündete.

Eine Untersuchung der Kampfbedingungen der Gewerkschaften in der Krisensituation und die Auswertung des Verlaufs, der Formen und der Resultate der Abwehraktionen und Arbeitskämpfe der letzten Jahre kann sicherlich helfen, empirisch gesichertes Material zur Beantwortung der Frage beizusteuern, ob sich in der gegenwärtigen Entwicklung der Gewerkschaften stärker wieder Elemente einer von ihrer Funktion als Kampforganisation bestimmten Programmatik und Praxis oder einer als Integrations- und Ordnungsfaktor verstandenen Politik durchsetzen.

I. Determinanten der sozialen Bewegung in der Krise

In der Krise verändern sich die Kampfbedingungen der Gewerkschaften grundlegend. Insbesondere die gewerkschaftliche Tarifpolitik ist in starkem Maße von der konjunkturellen Entwicklung abhängig. Daß über einen Zeitraum von mehr als 20 Jahren kontinuierliche Reallohnsteigerungen von jahresdurchschnittlich etwa 4—5 % durchgesetzt werden

konnten, ist ja nicht nur der Existenz starker Gewerkschaften, sondern vorab den günstigen Bedingungen der Kapitalakkumulation, d. h. einer ungewöhnlich langen Periode kapitalistischer Prosperität in der Bundesrepublik zuzuschreiben. Der während dieses Zeitraums relativ große ökonomische Spielraum des Kapitals für lohnpolitische Zugeständnisse ermöglichte es den bundesdeutschen Gewerkschaften, bei einer erheblich geringeren Mobilisierung gewerkschaftlicher Kampfkraft bessere materielle Erfolge zu erzielen als die Gewerkschaften in anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern.[1] Die Grenzsituation zur sozialistischen DDR verstärkte dabei die Verhandlungsposition der Gewerkschaften objektiv.

Schon in der Krise 1966/67, vollends aber mit dem Eintritt in die bislang schwerste Wirtschaftskrise der BRD 1973/74 wird sichtbar, daß diese Periode günstiger Akkumulations- und Verwertungsbedingungen beendet ist. Dies stellt die Gewerkschaften vor völlig neue Probleme.

Die krisenhafte Entwicklung in der Bundesrepublik, die sich seit Anfang der siebziger Jahre u. a. in den ständig steigenden Arbeitslosenzahlen ausdrückte, erreichte nach einem kurzen Aufschwung 1972/73 im Sommer 1975 ihren Tiefpunkt. Es handelte sich dabei um eine mit Strukturkrisen verflochtene zyklische Überproduktionskrise, deren Folgen, wie sich erwies, noch weit über die Jahre 1974—76 hinaus zu spüren waren.[2] Insbesondere die Massenarbeitslosigkeit prägt weiterhin trotz konjunktureller Aufschwungtendenzen bis heute entscheidend die soziale Lage und die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse. Der Umfang der weit über die seit 1975 ca. 1 Million registrierten Arbeitslosen hinausgehenden tatsächlichen Arbeitslosigkeit beträgt nahezu 2 Millionen.[3] Die sozialpsychologische Funktion dieser Reservearmee besteht in ihrer Wirkung als Entsolidarisierungs- und Disziplinierungsinstrument, indem u. a. durch die verschärfte Konkurrenz um den Arbeitsplatz individuelle Interessenorientierung und Verzicht auf aktives solidarisches Verhalten gefördert wird. Dieser Druck wird durch Unternehmer, Massenmedien usw. noch ideologisch verstärkt.[4] Die Basis für Entsolidarisierungsprozesse wird auch dadurch vergrößert, daß die Arbeitslosigkeit und andere Krisenauswirkungen die verschiedenen Teile der Arbeiterklasse zeitlich und in der Intensität sehr unterschiedlich nach Betrieben, Branchen, Regionen, Berufsgruppen und Altersgruppen betreffen. Um die in einer solchen Situation erschwerten Bedingungen für den gewerkschaftlichen Kampf zu verstehen, sollen einige wichtige Momente der Krisenstrategie des Großkapitals skizziert werden:

Eine Hauptrichtung der gegenwärtigen Wirtschaftsstrategie ist die — zumeist durch staatliche Investitionshilfen geförderte — Rationalisierung, um dem Druck auf die Höhe der Profite entgegenzuwirken. Zum einen wird durch „arbeitsorganisatorische" Maßnahmen die Arbeit intensiviert. Zum anderen werden neue Technologien eingeführt, die zu Lohneinbußen, Dequalifikation, Veränderung der physischen und psychischen Arbeitsbelastung führen und vor allem auch Arbeitskräfte freisetzen. Gleichzeitig werden wenig

1 Vgl. zum Zusammenhang von Kapitalakkumulation, Kampfbedingungen und Lohnentwicklung H. Schäfer, Lohn — Zu einigen Fragen der marxistischen Lohntheorie und Lohnpolitik, Frankfurt am Main 1973, S. 47 ff.

2 Zum Charakter und Verlauf der Krise vgl. J. Huffschmid/H. Schui (Hrsg.), Wirtschaft im Konkurs? Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973—1976 in der BRD, Köln 1976, und Autorenkollektiv, Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik, Beiträge des IMSF 4, Frankfurt am Main 1976.

3 J. Goldberg/B. Güther/H. Jung, Arbeitslosigkeit, Frankfurt am Main 1977, S. 23 ff.

4 Vgl. zur Bewußtseinsentwicklung den Beitrag von J. H. v. Heiseler in diesem Band.

rentable Betriebe geschlossen. Dies führt zur Vergrößerung der von der Konjunkturentwicklung unabhängigen, „strukturellen" Arbeitslosigkeit und stellt heute, wie die Entwicklung in der Druckindustrie und auch der Metallindustrie zeigt, offensichtlich ein wesentliches soziales Konfliktfeld dar.

Im Mittelpunkt der Strategie des Großkapitals steht seit Beginn der Krise das Ziel, unter Ausnutzung der disziplinierenden Wirkung des Arbeitsmarktes in den Tarifauseinandersetzungen eine Senkung des Lohnniveaus und damit eine kräftige Erhöhung der Profite durchzusetzen. Die zentrale Devise der Unternehmer und ihrer politischen Sachwalter besteht seit 1973/74 in der Forderung nach einer „deutlichen Korrektur der verzerrten Verteilungsrelationen"[5], deren Durchsetzung als Voraussetzung für eine Verbesserung der Konjunktur und der Arbeitsmarktlage bezeichnet wird.

Diese Zielsetzung ist ebenfalls Leitdoktrin der Wirtschaftspolitik der SPD-FDP-Regierung. Mit den einkommenspolitischen Instrumenten, die schon unter der Großen Koalition in der letzten Krise 1966/67 mit dem Stabilitätsgesetz geschaffen worden waren — Sachverständigenrat, Jahreswirtschaftsberichte der Bundesregierung und Konzertierte Aktion —, intervenierte der Staat in die Tarifauseinandersetzungen und erschwerte die Ausgangsposition der Gewerkschaften in jeder Lohnrunde.

Jedoch nicht nur im ökonomischen, sondern auch im politischen und ideologischen Bereich nutzte das Kapital die Krisensituation für eine Offensive. Von der Beschwörung eines „Gewerkschaftsstaates" über Pläne für ein gegen die Gewerkschaften gerichtetes „Verbändegesetz" bis zur Verfassungsklage gegen das „Mitbestimmungsgesetz" reicht die Palette von Versuchen, eine reaktionäre Veränderung des Kräfteverhältnisses zu erreichen. Unter Ausnutzung der Arbeitslosigkeit soll jede aktive Verteidigung der Interessen der Arbeiter und Angestellten verhindert werden. Gleichzeitig werden antikommunistische Kampagnen angefacht, um einmal von der krisen- und arbeitslosenfreien Realität der sozialistischen Länder abzulenken und zum anderen „eine ‚Legitimationsbasis' für repressive politisch-juristische Maßnahmen zu erreichen und die ideologischen und politischen Kristallisationskerne des Widerstandes zu isolieren".[6]

Offensichtlich war insbesondere die Verfassungsklage der Unternehmerverbände gegen das „Mitbestimmungsgesetz" vom Sommer 1977 der Auftakt eines großangelegten Angriffs auf die gewerkschaftlichen Positionen, der den Versuch einer grundlegenden weiteren Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Großkapitals zum Ziel hatte. Dies wurde in den Tarifkämpfen zu Beginn des Jahres 1978 sichtbar, in denen die Unternehmerorganisationen versuchten, den Gewerkschaften eine Niederlage zu bereiten.

Die Situation der letzten Jahre stellt an die Gewerkschaftspolitik — insbesondere in politischer Hinsicht — höhere Anforderungen. Doch stellt die skizzierte objektive Verschlechterung der gewerkschaftlichen Kampfbedingungen in der kapitalistischen Krise keine absolute Schranke für eine wirksame Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse dar, auch wenn zweifellos der ökonomische Kampf der Gewerkschaften in die Defensive gedrängt wird. Die Entwicklung der Arbeitskämpfe in Frankreich oder Italien demonstriert, daß krisenbedingte Einbußen aufgefangen werden können, wenn im politischen Kampf eine Mobilisierung möglich ist, insbesondere wenn starke politische Kristallisa-

5 BDA (Hrsg.), Jahresbericht 1975, Köln 1975, S. 35.

6 H. Jung, Thesen zu den Auswirkungen der Krise 1974/75 auf die westdeutsche Arbeiterklasse, in: F. Deppe u. a. (Hrsg.), Abendroth-Forum, Marburg 1977, S. 67/68.

tionszentren in Gestalt von kommunistischen Massenparteien existieren.[7] Unter solchen Bedingungen einer starken Arbeiterbewegung kann diese Situation zu einer politischen Polarisierung mit einer Gegenoffensive der Arbeiterklasse führen. So nahm die Streikbewegung in Frankreich und Italien während des synchronverlaufenden Krisenzyklus an Intensität und politischer Qualität zu. In Großbritannien ging sie nach Bildung einer Labour-Regierung und dem Abschluß des „Sozialpaktes" stark zurück, blieb aber noch auf einem bedeutend höherem Niveau als in der Bundesrepublik.

Tabelle 1

Streiks in einigen kapitalistischen Ländern 1974 bis 1977

Land	(Streiktage in 1000)			
	1974	1975	1976	1977
BRD	1 051	69	534	24
Großbritannien	14 749	6 012	3 283	9 985
Frankreich	3 377	3 870	5 001	3 666
Italien*	136 267*	190 324*	177 643*	110 438*

* Streikausfall nach Arbeitsstunden
Quelle: Main Economic Indicators (Hrsg. OECD), Paris, Mai 1978

Zur Erklärung der zumindest zeitweiligen Lähmung der Kampfaktivität in der Bundesrepublik zu Beginn der Krise können neben den skizzierten objektiven Bedingungen folgende subjektive Faktoren angeführt werden:[8]

1. Zweifellos wirkt sich hier in erster Linie die Schwäche der politischen Widerstandskerne, der nichtintegrationistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung aus, obwohl sie bei der Initiierung von Abwehrkämpfen eine hervorragende Rolle einnahmen; allerdings besaßen sie meist nicht die Kraft zur Verbreiterung und Verallgemeinerung der Bewegung.
2. Im Vergleich zu den anderen westeuropäischen Ländern erfolgt die „Beeinträchtigung der Reallöhne, des Beschäftigungsstandes und staatlicher Leistungen in der Bundesrepublik tatsächlich z. Zt. auf einem... relativ hohen Niveau des individuellen Konsums und der sozialen Sicherung".[9]
3. Auch die Krise 1974—76 wurde von der Mehrheit der Lohnabhängigen offensichtlich als „Ausnahmesituation" verstanden und als solche auch von der Unternehmer- und Regierungspropaganda dargestellt. Während in anderen kapitalistischen Ländern schon ein längerer Krisenprozeß zu beobachten war, ist die aktuelle Krise in dieser Schärfe erst die zweite in der Geschichte der Bundesrepublik, und ein eineinhalb Jahrzehnte dauernder Aufschwung der fünfziger und sechziger Jahre bildet die Genera-

7 Vgl. G. Fülberth, Thesen zur westeuropäischen Sonderstellung der westdeutschen Arbeiterbewegung in der Krise 1973 ff., in: ebenda, S. 52 ff. Dieser Zusammenhang von ökonomischem und politischem Kampf in der Krise wird von E. Schmidt, W. Müller-Jentsch u. a. systematisch ausgeblendet und statt dessen einer nichts erklärenden These vom „Versagen der Gewerkschaften" in der Bundesrepublik das Wort geredet. Vgl. diess. in: ebenda, S. 40 ff., S. 62 ff., S. 121/22, S. 138/39.

8 Vgl. G. Fülberth, a. a. O.

9 Ebenda, S. 53.

tionserfahrung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Erst in den letzten Jahren nimmt das Bewußtsein zu, daß es sich bei der Massenarbeitslosigkeit offensichtlich um eine dauerhaftere Realität in der Bundesrepublik handelt.

4. Trotz einer gewissen Desillusionierung nach der letzten Krise 1966/67 war in den Gewerkschaften nach wie vor — begünstigt auch durch den Boom Ende der sechziger Jahre — die Vorstellung vorherrschend, daß mit den Instrumenten der Globalsteuerung eine krisenfreie Konjunkturentwicklung möglich sei. Politik und Programmatik der Gewerkschaften waren auf eine Krise in keiner Weise vorbereitet. „Die Zerstörung solcher Illusionen durch die Wirklichkeit begünstigte bei den Gewerkschaften zunächst eine erhebliche Konzeptionslosigkeit und Unsicherheit, die noch dadurch verstärkt wurde, daß die Unternehmerverbände und die CDU/CSU zu einer bis dahin beispiellosen ideologischen Offensive gegen die lohn- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften antraten, um unter Ausnutzung der allgemeinen Verunsicherung durch die Krise eben jene Niederlagen wieder auszugleichen, die das Kapital in den Auseinandersetzungen nach 1969 hatte hinnehmen müssen."[10]
5. Zudem war die gewerkschaftliche Politik durch die Loyalität zur sozialdemokratisch-geführten Bundesregierung gelähmt, obwohl deren ausschließlich auf Profitsicherung und Investitionsförderung ausgerichtete Wirtschaftspolitik immer offensichtlicher in Widerspruch zu allen gewerkschaflichen Zielsetzungen geriet. Auch wenn der DGB-Vorsitzende *Heinz Oskar Vetter* 1975 schon schrieb, daß angesichts des Übergreifens der Wirtschaftskrise auf die staatliche Reformpolitik „die Frage nach der Autonomie der Gewerkschaften einen neuen Stellenwert" erhält, so wird erst in der letzten Zeit die Nutzung solcher „Möglichkeiten zur autonomen Aktion" vor allem im ureigenen gewerkschaftlichen Aufgabenfeld, der Tarifpolitik, erkennbar.[11]

All diese Faktoren prägen den Verlauf der sozialen Auseinandersetzungen der Jahre 1975 bis 1977. Es zeigt sich jedoch, daß die Entwicklung von Abwehraktionen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse nicht als gradliniger Prozeß verläuft, sondern nach einer Phase des „Krisenschocks" zahlreiche betriebliche und sich regional ausweitende Bewegungen enstehen und auch im tarifpolitischen Bereich in mehreren Industriebranchen wieder eine stärkere Mobilisierung bis hin zum erfolgreichen und politisch bedeutsamen Streik in der Druckindustrie zu vermerken ist. Der Verlauf dieser Kämpfe schuf sicherlich auch Voraussetzungen für das qualitativ höhere Niveau der sozialen Auseinandersetzungen, das im Winter und Frühjahr 1978 beobachtet werden konnte.

II. Die Streikentwicklung 1975 bis 1978

Der wesentliche und empirisch am ehesten faßbare Indikator der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse in der Krise ist die Entwicklung der sozialen Bewegungen und insbesondere der Streiks selbst. Diese Entwicklung läßt sich nicht allein aus den Angaben der offiziellen Statistik erschließen; die sorgfältige Analyse der Ursachen, der Triebkräfte und

10 F. Deppe u. a., Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977, S. 427. Eine ausführliche Kritik der Krisenverarbeitung in den Gewerkschaften findet sich bei F. Deppe, Integration und Autonomie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 1 und 2/1977, S. 37 ff. und 150 ff., und W. Krüer-Buchholz, Gewerkschaften in der Defensive, in: J. Huffschmid/H. Schui (Hrsg.), a. a. O., S. 419 ff.

11 H. O. Vetter, Gewerkschaftspolitik in schwieriger Zeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/1975, S. 207.

Träger der Arbeitskämpfe, ihres Verkaufs und ihrer Ergebnisse ist eine unerläßliche Voraussetzung, um Veränderungen in den Klassenbeziehungen, im Bewußtsein der Arbeiterklasse und in der Politik der Gewerkschaften zu beurteilen.

Dennoch vermittelt die offizielle Statistik ein erstes Bild der Entwicklungslinien und Schwankungen der Streikaktivität in den letzten Jahren:

Tabelle 2

Streiks und Aussperrungen 1965 bis 1978

Jahr	Beteiligte (in 1000)	Betriebe	Aufalltage (in 1000)
1965	6	20	49
1966	196	205	27
1967	60	742	390
1968	25	36	25
1969	90	86	249
1970	184	129	93
1971	536	1 181	4 484
1972	23	54	66
1973	185	732	563
1974	250	890	1 051
1975	36	201	69
1976	169	1 481	534
1977	34	81	24
1978, 1. Qu.	395	925	2 974

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.3, Streiks und Aussperrungen, lfd.

Nach der Krise 1966/67 bildeten die Septemberstreiks 1969 einen Einschnitt in der jüngeren Streik- und Gewerkschaftsgeschichte. Die Periode 1969 bis 1974 war geprägt durch einen starken Anstieg an Streiks, eine Aktivierung der Tarifpolitik und erfolgreiche betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe. In dieser Zeit entwickelten Teile der Arbeiterklasse ein neues kämpferisches gewerkschaftliches Selbstbewußtsein.[12]

Obwohl schon 1973/74 der Konjunkturabschwung deutlich eingesetzt hatte und die Arbeitslosenzahlen stiegen, konnten zu Beginn des Jahres 1974 noch erfolgreiche Lohnkämpfe im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie geführt werden. Sicherlich wirkte sich die beginnende Krisenentwicklung 1974 insbesondere im öffentlichen Dienst noch nicht so stark aus; zudem hatten die spontanen Streiks im Sommer 1973 die Gewerkschaften unter Handlungsdruck gesetzt. 98 Prozent aller Streikteilnehmer im Jahre 1974 entfallen auf diese beiden Tarifkämpfe im ersten Quartal. 1975 erfolgte dann ein starker Rückgang der Streikaktivität, die sich auf kleinere betriebliche Abwehrkämpfe beschränkte. (Allein 43 Prozent der Ausfalltage gehen auf einen mehrwöchigen Streik bayrischer Fliesenleger gegen Akkordkürzungen zurück.)

1976 bildete mit einer siebenfachen Anzahl an Streiktagen gegenüber dem Vorjahr einen ersten Höhepunkt während der Krisenjahre. Allerdings entfallen über 90 Prozent der

12 Vgl. K. Steinhaus, Streiks in der Bundesrepublik 1960—1974, Frankfurt am Main 1975, S. 43 ff.

Ausfalltage auf den Streik und die Aussperrung in der Druckindustrie. 1977 ist ein erneuter starker Rückgang der statistisch registrierten Streiktätigkeit zu verzeichnen. Ca. 40 Prozent der Ausfalltage entfallen auf einen Streik bayrischer Steinbrucharbeiter, 22,5 Prozent auf den Bremer Zeitungsstreik.

Den Höhepunkt der Streikbewegung der letzten Jahre bilden zweifellos die Arbeitskämpfe in der Druck- und Metallindustrie im Früjahr 1978. Wegen der besonderen Bedingungen und der Bedeutung dieser Auseinandersetzungen soll hierauf später ausführlich eingegangen werden.

Im Vergleich zur Krise 1966/67 liegt in den letzten Jahren die offizielle Zahl der Streikteilnehmer etwas niedriger, die Zahl der Ausfalltage allerdings höher.

Tabelle 3

Durchschnittliche jährliche Streikaktivität

Jahre	Streikbeteiligte	Ausfalltage
1966—68	93 594	147 305
1975—77	79 854	208 685

Quelle: Tab. 2, eigene Berechnungen

Ausmaß und Qualität der Abwehrkämpfe gegen die Krisenauswirkungen lassen sich anhand dieser offiziellen Daten jedoch nicht hinreichend vergleichen. Die offizielle, vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Streikstatistik vermittelt nur ein unvollständiges Bild der wirklichen Kampfaktivität in der Bundesrepublik. Generell werden nur Streiks erfaßt, an denen mindestens zehn Beschäftigte mindestens einen Tag teilgenommen haben, oder die zum Ausfall von mindestens 100 Arbeitstagen geführt haben. Zudem hängt die Registrierung von der Meldung durch die Unternehmer ab.[13] Betriebliche oder außerbetriebliche Demonstrationen oder andere Aktionen von Belegschaften werden gar nicht einbezogen. Eine Registrierung aller Arbeitskämpfe und regelmäßige Veröffentlichung durch andere Institutionen, etwa die Gewerkschaften, gibt es bis heute nicht. Das Institut für Marxistische Studien und Forschungen versucht seit Jahren, sämtliche, vornehmlich aus der Tages- und Gewerkschaftspresse zugänglichen Informationen über Arbeitskämpfe systematisch in seinem „Archiv der sozialen Bewegungen" zu sammeln. Ein Vergleich der offiziellen Zahlen mit den auf Grundlage dieses Archivs berechneten Mindestzahlen korrigiert das Bild der Streikaktivität während der Krisenjahre beträchtlich:

Tabelle 4

Offizielle Zahlen und tatsächliche Mindestzahlen der Streikenden 1975 bis 1977

	offizielle Zahlen (in 1000)	Mindestzahlen (in 1000)
1975	36	55[14]
1976	169	589[15]
1977	34	226[16]

Quelle: Tab. 2; eigene Berechnungen der IMSF.

13 Nach § 17, Abs. 1 des Arbeitsförderungsgesetzes. Vgl. zur Kritik der offiziellen Streikstatistik R. Kalbitz, Die Streikstatistik in der Bundesrepublik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/1972, S. 495 ff.

Die korrigierten Angaben für 1976 ergeben sich aus der Berücksichtigung der Warnstreikbewegung in der Metallindustrie im Februar und März, an der nach Angaben der IG Metall in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen ca. 400000 Beschäftigte teilnahmen. 1977 fanden eine Vielzahl von Warnstreiks während der Tarifbewegungen in der Bau-Chemie- und Textilindustrie, im Brauereigewerbe und Heizungshandwerk Baden-Württembergs statt. Außerdem wurden von der offiziellen Statistik zahlreiche Arbeitskämpfe gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung nicht berücksichtigt.[14] Der Grad der Mobilisierung und Kampfaktivität der Arbeiterklasse war somit 1977 bedeutend höher als im Krisenjahr 1975 — ein Tatbestand, den die offizielle Statistik verschweigt.

Schwerpunkte der Streikaktivitäten während der Krisenjahre 1975 bis 1977 liegen in der Metall- und Druckindustrie, wobei der weitaus größte Teil der Ausfalltage auf die Druckindustrie entfällt. In weitem Abstand folgen danach die Textil- und Bekleidungsindustrie, die holzverarbeitende Industrie und der Industriebereich Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden.

Tabelle 5

Streikaktivität nach Branchen 1975 bis 1977

Branche	Betriebe	Beteiligte	Ausfalltage
insgesamt	1 763 (100 %)	239 563 (100 %)	626 057 (100 %)
Metallindustrie	98 (5,5 %)	106 408 (44,4 %)	34 257 (5,5 %)
Druckindustrie, Verlags- und Pressewesen	902 (51,1 %)	67 512 (28,2 %)	403 131 (64,4 %)
Textil- und Bekleidungsindustrie	30 (1,7 %)	4 213 (1,75 %)	7 560 (1,2 %)
Holzverarbeitung	74 (4,2 %)	917 (0,4 %)	5 146 (0,8 %)
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	26 (1,5 %)	868 (0,4 %)	17 410 (2,8 %)

Quelle: Tab. 2, eigene Berechnungen.

Im ersten Vierteljahr 1978 sind gleichermaßen in erster Linie die Metall- und Druckindustrie von Streiks und Aussperrungen betroffen, danach — allerdings nur durch Streiks — die Seehäfen. 75 Prozent der Beteiligten und sogar 87 Prozent der Ausfalltage dieses Zeitraums entfallen auf die Metallindustrie. Insgesamt gingen allein im ersten Quartal fast fünfmal so viel Arbeitstage verloren wie im gesamten Zeitraum 1975 bis 1977.

14 Vgl. Kämpfe gegen die Abwälzung der Krisenlasten (Aktionstabelle), in: Marxistische Blätter 1/1976, S. 111 ff.

15 400000 Warnstreikteilnehmer in der Metallindustrie Anfang 1976, vgl. Metall Nr. 5 v. 9. 3. 1976 und Nr. 6 v. 23. 3. 1976; 20000 Warnstreikteilnehmer in der Stahlindustrie im Herbst, vgl. K. Pickshaus u. a., Tarifbewegungen und Arbeitskämpfe 1976/77, Soziale Bewegungen — Analyse und Dokumentation des IMSF, Frankfurt/Main 1977, S. 16 ff.

16 G. Hautsch u. a., Arbeitskämpfe 1977, Soziale Bewegungen — Analyse und Dokumentation des IMSF, Frankfurt/Main 1978, 1. Kapitel und Aktionstabellen.

17 Vgl. hierzu ausführlich Abschnitt IV dieser Ausführungen.

Tabelle 6

Streiks und Aussperrungen 1978, 1. Quartal

Branche	Betriebe	Beteiligte/ Betroffene	Ausfalltage
insgesamt	925 (100 %)	395 391 (100 %)	2 974 128 (100 %)
darunter:			
Metallindustrie	222 (24 %)	296 756 (75 %)	2 588 767 (87 %)
Druckindustrie	567 (61 %)	69 699 (17,6 %)	252 261 (8,5 %)
Seehäfen*	94 (10 %)	18 978 (4,8 %)	76 914 (2,6 %)

* nur Streiks

Quelle: Tab. 2, eigene Berechnungen.

Es ist bekannt, daß die Bundesrepublik im internationalen Vergleich zu den streikärmsten, allerdings im Verhältnis dazu zu den aussperrungsreichsten Ländern gehört. Nach der ersten bundesweiten Aussperrung 1976 in der Druckindustrie wurde die Aussperrung im Frühjahr 1978 zu einer bewußt angekündigten und angewandten Angriffswaffe der Kapitalverbände. Insgesamt gingen in den Auseinandersetzungen 1978 mehr Arbeitstage durch Aussperrung als durch Streiks verloren. Besonders krass ist dieses Verhältnis in der Druckindustrie, wo 53000 Streikausfalltagen über 202000 Aussperrungstage gegenüberstehen.

Tabelle 7

Verhältnis von Streiks und Aussperrungen 1978, 1. Quartal

Branche	Betriebe	Beteiligte/ Betroffene	Ausfalltage
insgesamt:			
Streiks	336	223 819	1 526 965
Aussperrungen	616	231 005	2 028 766
Metallindustrie:			
Streiks	146	179 388	1 373 113
Aussperrungen	93	175 142	1 793 394
Druckindustrie:			
Streiks	61	18 831	53 705
Aussperrungen	516	52 527	202 419

Quelle: Tab. 2, eigene Berechnungen. (Differenzen zwischen den absoluten Zahlen der Tabellen 6 und 7 ergeben sich aus Doppelzählungen der Streik- und Aussperrungstage.)

Uns interessiert hier in erster Linie der quantitative Aspekt der Entwicklung der Arbeitskämpfe in den Krisenjahren. Es wird dabei sichtbar, daß nach einer ersten Phase der Lähmung die Streikaktivität ein Niveau erreicht, das weit über dem der Krise 1966/67 liegt. Dieses Niveau wird vor allem durch den höheren Grad der Organisiertheit, die mobilisie-

rende Rolle einiger Gewerkschaften charakterisiert. Im Mittelpunkt steht der traditionelle Bereich der Metallindustrie, aber bedingt durch Strukturkrise und Rationalisierungen werden jetzt auch weitere Branchen wie die Druckindustrie in die Bewegung einbezogen.

Die Entwicklung der Tarifpolitik in diesen Jahren, der Abwehrkämpfe gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung und die Bedingungen und Merkmale der neuen Etappe sozialpolitischer Auseinandersetzungen 1978 sollen in den folgenden Abschnitten untersucht werden.

III. Die Tarifbewegungen 1975 bis 1978[18]

Die Tarifbewegung 1974/75

In der Tarifrunde 1974/75 kam die disziplinierende Wirkung der Krise voll zum Tragen. Alarmiert durch die lohnpolitischen Erfolge der Gewerkschaften 1973/74 griff außerdem der Staat massiv mit Orientierungsdaten in die Tarifauseinandersetzungen ein. Während die IG Metall unter Ausnutzung des noch fortwährenden Stahlbooms in der Eisen- und Stahlindustrie mit 9 % (plus einer einmaligen Sonderzahlung von DM 600,—) abschloß, akzeptierten die Gewerkschaften danach die einkommenspolitischen Richtlinien der Regierung (6—6,5 %). Für die Gewerkschaftsmitglieder völlig überraschend übernahm die IG Bau, Steine, Erden die Rolle eines Lohnrundenführers und stimmte schon am 15. Januar 1975 Einkommenserhöhungen von 6,6 Prozent zu. Die Vermutung, daß dieses Vorpreschen auf Absprachen u. a. mit der Bundesregierung beruhte, ist sicherlich nicht aus der Luft gegriffen.

Die IG Metall schloß wenig später im Februar mit 6,7 % ab und förderte, indem sie den regionalen Abschluß von Nordrhein-Westfalen auf alle Tarifbezirke ausdehnte, die von den Unternehmern geforderte Zentralisierung der Lohnpolitik. Nachdem den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes noch vor der Tarifrunde ein ungünstiges Schlichtungsabkommen aufgezwungen werden konnte, akzeptierte die ÖTV nach Verhandlungen am grünen Tisch Lohn- und Gehaltsverbesserungen von 6 % (plus einmalig DM 100,—).[19]

Ohne jede innergewerkschaftliche Willensbildung oder zumindest der Veröffentlichung einer Forderung einigte sich die IG Chemie, Papier, Keramik während der Verhandlungen über einen Manteltarifvertrag mit den Unternehmern auf Lohn- und Gehaltserhöhungen von 6,8 %. Gleichzeitig wurde die gemeinsame Einrichtung eines „Unterstützungsfonds für arbeitslose Chemiearbeiter" beschlossen, „der freilich nur wenigen zugute kommt, den Unternehmern Entlassungen erleichtert und zudem den gewerkschaftlichen Kampf gegen die kapitalistischen Rationalisierungsstrategien erschwert".[20]

Auf Grund der Hoffnung der Gewerkschaften, die lohnpolitische Zurückhaltung würde die Überwindung der Krise beschleunigen, war die Tarifrunde 1974/75 durch eine extreme Zugeständnisbereitschaft und nahezu völlige Ausschaltung der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft charakterisiert.

18 Zu diesem Abschnitt vgl. K. Pickshaus, Die Entwicklung der sozialen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik seit der Wirtschaftskrise 1974/75, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1978, S. 475 ff.

19 Vgl. G. Weiß, Die ÖTV, Marburg 1978, S. 195 ff.

20 F. Deppe u. a., Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, a. a. O., S. 428.

Die Tarifbewegung 1975/76

In der Tarifrunde 1975/76 wurde vollends sichtbar, daß die in der Krise veränderten Kampfbedingungen grundlegend die Voraussetzungen für die Tarifpolitik verändert haben und einen ungleich größeren Einsatz gewerkschaftlicher Kampfkraft notwendig machen, um allein nur noch eine Sicherung der Realeinkommen durchzusetzen. Obwohl in dieser Lohnrunde ein höherer Mobilisierungsgrad als im Vorjahr festzustellen war, blieben die materiellen Resultate vor allem in den großen Tarifbereichen Stahl, Metall und Öffentlicher Dienst im Rahmen der vorgegebenen Lohnleitlinien.

Vor den Abschlüssen in diesen Bereichen erstreikten im November 1975 1200 Tischler in 95 Handwerksbetrieben in Norddeutschland eine Lohnerhöhung von 6,3 %. Die Tischlergesellen hatten den Streik aus Solidarität bis zu einer Woche ausgedehnt, um auch Forderungen der Lehrlinge nach Anhebung der Ausbildungsvergütungen und einem zusätzlichen Urlaubsgeld durchzusetzen.

In der Stahlindustrie legten über 20000 Arbeiter am 12. und 14. November 1975 kurzfristig die Arbeit nieder. Dennoch brachte der Abschluß nur eine Erhöhung der Einkommen um 5 %. In den Tarifauseinandersetzungen der Metallindustrie wurde eine noch größere Kampfbereitschaft sichtbar. Fast 500000 Metallarbeiter beteiligten sich im Februar und März 1976 an kurzen Warnstreiks, davon 200000 in Baden-Württemberg. In einzelnen Tarifbezirken wurde sogar die höchste Streikbeteiligung seit über zwei Jahrzehnten in der Metallindustrie erreicht: In Hessen mit 31000 und in Bayern mit 25000 Streikenden. An den Arbeitsniederlegungen beteiligten sich auch Belegschaften von Betrieben, in denen kurzgearbeitet wurde oder ein Arbeitsplatzabbau drohte. Die Feststellung der IG-Metall-Zeitung „Metall": „Die Metaller bleiben in der Krise kampffähig und kampfwillig" entsprach der Realität und signalisierte eine Veränderung gegenüber der Lohnrunde im Vorjahr.

Auch im Öffentlichen Dienst, vor allem in Postbetrieben, nahmen Zehntausende Beschäftigte an Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen und Kundgebungen während der Tarifverhandlungen teil. Dennoch blieb das Mobilisierungsniveau hinter den Notwendigkeiten zurück. In der Metallindustrie wurde mit 5,4 % und im Öffentlichen Dienst mit 5 %, mindestens jedoch DM 85,— monatlich (Gesamtvolumen: 5,3 %) abgeschlossen. Diese Ergebnisse reichten kaum aus, um den Reallohn zu sichern.

Höhepunkt der Tarifbewegung 1975/76 war der 13tägige Arbeitskampf in der Druckindustrie vom 28. April bis 13. Mai, der mit dem Ergebnis einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 6,66 % die bisherigen Lohnleitlinien durchbrach.[21] Schon während der Verhandlungen und Schlichtung war es zu einer umfassenden Warnstreikbewegung gekommen, an der vom 31. März bis zum 26. April 1976 etwa 12000 Arbeiter in 144 Betrieben teilnahmen. In einer Urabstimmung am 27. April sprachen sich 88,2 % für einen Streik zur Durchsetzung der 9%-Forderung aus. Nachdem am 28. April der Arbeitskampf mit fast 16000 Teilnehmern in 48 Betrieben begonnen hatte, sperrten die Druckunternehmer noch am gleichen Tag aus. Von dieser Aussperrung, die am 3. Mai wieder aufgehoben wurde, waren insgesamt 68807 Arbeiter in 713 Betrieben betroffen

21 Vgl. zum Folgenden B. Güther/K. Pickshaus, Der Arbeitskampf in der Druckindustrie im Frühjahr 1976, Soziale Bewegungen — Analyse und Dokumentation des IMSF, Frankfurt am Main 1976, und die offizielle Analyse der Gewerkschaft IG Druck und Papier — Hauptvorstand, Analyse des Arbeitskampfes 1976 in der Druckindustrie, Stuttgart 1977.

(von 145000 gewerblich Beschäftigten).[22] Nachdem der Streik vom 3. bis 5. Mai ausgesetzt, aber das damit beabsichtigte Vermittlungsgespräch gescheitert war, begann am 6. Mai mit dem Totalstreik (70000 Teilnehmern) die zweite Streikphase. In einer dritten Phase, in der sich die Fraktionierung im Unternehmerlager verstärkte, wurde die Teilnahme auf ca. 50000 Streikende reduziert. Daß trotz alledem das materielle Ergebnis des Arbeitskampfes sich in einem engen Rahmen bewegte, drückte sich auch in der abschließenden Urabstimmung aus, in der nur 55,7 % dem Abschluß zustimmten. Entscheidend ist bei der Beurteilung sicherlich aber die gesellschafts- und gewerkschaftspolitische Bedeutung des Streiks.

Der Einsatz aller Kampfmittel bis hin zur ersten bundesweiten Aussperrung in der Bundesrepublik zeigt, daß das Kapital diesen Kampf in seiner exemplarischen Bedeutung begriffen hatte. Die massive Unterstützung des Bundesverbandes Druck durch den BDA weist auf eine Zentralisierung der Tarifstrategien bei dieser Kommandozentrale des Monopolkapitals und auf den Übergang zu einer härteren, auf Konfrontation angelegten Politik hin. Demgegenüber blieb die Unterstützung des DGB und seiner Einzelgewerkschaften hinter den Erfordernissen zurück. Über die am 1. Mai demonstrierte Solidarität hinaus wären wirkungsvolle Unterstützungsaktionen notwendig gewesen.

Ein weiteres politisches Moment dieses Arbeitskampfes besteht darin, daß in der Vorbereitung der Tarifbewegung bewußt von der Führung der IG Druck und Papier eine offensive ideologische Auseinandersetzung mit den herrschenden und von anderen Gewerkschaftsführungen teilweise noch akzeptierten wirtschaftspolitischen Doktrinen („höhere Gewinne = Investitionen = Schaffung von Arbeitsplätzen") geführt worden war. Dabei waren die in der Druckindustrie selbst gesammelten Erfahrungen (Vernichtung von 35000 Arbeitsplätzen von 1970 bis 1975) der reale Hintergrund für die Bestätigung und damit Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Kritik.

Der Streik in der Druckindustrie beweist, daß die Integrationskraft staatsmonopolistischer Einkommensregulierung ihre Grenzen am Widerstand der Arbeiterklasse findet. Ähnlich bedeutsame Auswirkungen hatten die September-Streiks 1969. Der Unterschied zu 1969 besteht aber vor allem in den geänderten Kampfbedingungen, aber auch darin, daß der Streik der Drucker und Setzer kein spontaner, unabhängig von der Gewerkschaftsführung und in Kritik und Korrektur zur offiziellen Tarifpolitik geführter Arbeitskampf war. Vielmehr besteht die spezifische Bedeutung des Druckerstreiks darin, daß erstmals seit Bestehen von SPD-geführten Bundesregierungen eine Gewerkschaft geschlossen, d. h. von der Basis bis zur Führung, um ihre Unabhängigkeit von den Leitlinien der Wirtschaftspolitik und politischen Einflüssen des Großkapitals und des Staates gekämpft und sich durchgesetzt hat. Dies macht eine Hauptkomponente der politischen Dimension des Streiks aus. „Wenn der Arbeitskampf in der Druckindustrie als politischer Streik bezeichnet wird, dann ist damit gemeint, daß er sich im Gegensatz zu den bisherigen Arbeitskämpfen der Nachkriegsgeschichte (mit Ausnahme des Zeitungsstreiks von 1952 gegen die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes) zur Durchsetzung einer Lohnerhöhung explizit gegen die staatlichen Regelungsmechanismen der Krisendämpfung (staatliche Einkommenspolitik) wandte, um die Autonomie gewerkschaftlicher Tarifpolitik zu bewahren."[23]

22 Angaben in der Analyse der IG Druck, ebenda.

23 R. Erd, Der Arbeitskampf in der Druckindustrie 1976 — ein politischer Streik, in: Leviathan 4/1976, S. 520. Erd macht darauf aufmerksam, daß dieser Arbeitskampf eine der Grundthesen von Bergmann/Jacobi/Mül-

Aber auch durch die Tatsache, daß die Druckindustrie zum ideologischen Machtzentrum des Monopolkapitals gehört, erklärt sich die politische Verschärfung der Auseinandersetzung und die Aktualisierung von grundsätzlichen Fragen wie „Pressefreiheit" usw. Der Einsatz fast des gesamten Medienapparates zugunsten der Unternehmer trug zur Erschütterung des Vertrauens in eine „Neutralität" der Massenmedien bei und provozierte in Hannover und Frankfurt offensive Aktionen der Streikenden zur Durchsetzung von Mitbestimmung und „Ausgewogenheit" in der Berichterstattung.

Von weitreichender gewerkschaftspolitischer Bedeutung ist der durch den Streik erbrachte Beweis, daß dort, wo in der gewerkschaftlichen Praxis die Krisensituation und ihre sozialen Auswirkungen auf die Lohnabhängigen offensiv aufgegriffen werden, sich die Unzufriedenheit und oft nur latent vorhandene Kampfbereitschaft auch in der Krise bei bestehender Massenarbeitslosigkeit in erfolgreiche Aktionen umsetzen lassen.[24] Bei einer solchen Gewerkschaftspolitik erwiesen sich die Erfahrungen des durch die technologische Rationalisierung beschleunigten Arbeitsplatzabbaus in der Druckindustrie nicht als ein Resignation bewirkendes, sondern sogar aktionsförderndes Moment, als ein wichtiger Faktor der Streikbereitschaft auch für Lohnforderungen.

Es ist nicht verwunderlich, daß die Auswertung des Streiks schon unmittelbar nach dem Arbeitskampf kontrovers verlief — allerdings nicht nach dem Schema „hier Basis und dort Führung oder Apparat". Der Hauptstoß der Kritik auch in der Gewerkschaftsbewegung und in der IG Druck und Papier kam vielmehr von Kreisen, die der Bonner SPD-Baracke eng verbunden sind. Schon wenige Tage nach dem Streik hatte *Gertraut Witt* im SPD-Zentralorgan „Vorwärts" geschrieben: „Die zwei Wochen totalen Arbeitskampfes in der Druckindustrie gehören zu den sinnlosesten Ereignissen seit Bestehen der Bundesrepublik."[25]

Unbegriffen blieb die Bedeutung des Druckstreiks teilweise auch von „linken" Kritikern, die, wie es in dem vor dem Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier 1977 in Augsburg verteilten „Expreß" des Sozialistischen Büros hieß, den Streik als Kampf „an der falschen Front" bezeichneten.[26] Unbegriffen deshalb, weil dieser Lohnstreik als Katalysator der angestauten Unzufriedenheit der Druckarbeiter in der Entwicklung einer autonomen Gewerkschaftspolitik und der Bewußtseinsbildung einen notwendigen und unverzichtbaren Schritt gerade auch für die bevorstehenden Kämpfe an der „richtigen" Front, nämlich zur Sicherung der Arbeitsplätze, darstellte. Wie nicht zuletzt der Augsburger Gewerkschaftstag demonstrierte, wurde von der überwiegenden Mehrheit der Mitgliedschaft und der Führung der IG Druck und Papier die politische Bedeutung und der Erfolg des Arbeitskampfes ausdrücklich betont.

ler-Jentsch, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Frankfurt/Köln 1975, S. 260 ff., widerlegt, nach der dem ökonomischen Streik eine integrierende, „kooperative" Tarifpolitik stabilisierende Funktion zugeschrieben wird. Erd, der mit den kritisierten Autoren zu derselben Projektgruppe „Gewerkschaftsforschung" am Frankfurter Institut für Sozialforschung gehört, hält dem gegenüber, „daß der Streik in der Druckindustrie ein Mittel zur Destruktion kooperativer Tarifpolitik und staatlicher Einkommenspolitik war". S. 519. Die Streikdiskussion müsse nach diesen Erfahrungen neu geführt werden. Vgl. zur Kritik von Bergmann/Jacobi/Müller-Jentsch: Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 1/1977, S. 18/19.

24 Zur konkreten Argumentation der IG Druck und Papier vgl. Güther/Pickshaus, a. a. O., S. 10 ff., und IG Druck und Papier — Hauptvorstand, a. a. O., S. 23 ff.

25 Der Vorwärts, 20. 5. 1976, S. 1.

26 Express Nr. 10/1977, S. 1.

Die Tarifbewegung 1976/77

In der Tarifrunde 1976/77 ist in den Bereichen Stahl, Metall und Öffentlicher Dienst wieder insgesamt ein geringerer Mobilisierungsgrad als im Vorjahr zu beobachten. Charakteristisch für 1977 ist dabei die Einbeziehung neuer Wirtschaftsbereiche in eine schärfere Konfrontation der Tarifgegner.

Nachdem der in der Stahlindustrie angenommene Abschluß von 6 % auf starke Kritik gestoßen war (37 % der Tarifkommissionsmitglieder votierten dagegen), wurden in der Metallindustrie 6,9 % vereinbart. Obwohl Baden-Württemberg eine traditionelle Vorreiterrolle bei den regionalen Tarifverhandlungen spielt und auch diesmal eine „Warnstreikhochburg" war, wurde in Nordrhein-Westfalen ein Leitabschluß vereinbart. Im Öffentlichen Dienst gelang es der Unternehmerseite demgegenüber, das Abschlußniveau wieder auf 5,3 % zu drücken.

Besonderer Konfliktstoff entwickelte sich in zwei Branchen: in der Bauindustrie und in der Chemieindustrie. Die Tarifverhandlungen in der Bauindustrie waren in der Vergangenheit in besonderer Weise durch die extrem sozialpartnerschaftliche Praxis der IG Bau, Steine, Erden geprägt gewesen. Die Bauindustrie gehört zu den wenigen Bereichen in der Bundesrepublik, in denen es in den letzten 15 Jahren weder zu Warnstreiks während der Tarifauseinandersetzungen, noch zu größeren Arbeitskämpfen gekommen ist. In den Tarifverhandlungen waren weder eine willensbildende Mitgliederdiskussion, noch überhaupt ein Beschluß der Tarifkommission vor Beginn der Verhandlungen üblich. Um so bemerkenswerter ist der in den letzten Jahren zu beobachtende „Klimawechsel". Schon 1975 waren die Verhandlungen gescheitert, 1976 gab es erstmals wieder ein Schlichtungsverfahren. „Die Krise am Bau macht aus Sozialpartnern wieder Gegner. Die als gesellschaftspolitisches Modell so viel gepriesene Sozialpartnerschaft ist angesichts der nachlassenden Baukonjunktur brüchig geworden."[27]

In den letzten 3 Jahren mußten über 400000 Arbeiter und Angestellte aus dem Baugewerbe ausscheiden. In der Lohnskala sind die Effektivverdienste im Bauhauptgewerbe nach Angaben der Gewerkschaft seit 1975 vom 7. auf den 20. Platz gesunken. Dies führte dazu, daß in besonderem Maße qualifizierte Facharbeiter abwanderten. Nach Scheitern der Verhandlungen in der Schlichtung und nach der erstmaligen Durchführung zahlreicher Warnstreiks konnte ein Abschluß mit einem Gesamtvolumen von 7,2 % durchgesetzt werden.

Die Tarifbewegung der Chemieindustrie fand auf dem Hintergrund eines Aufschwungs der Branchenkonjunktur statt. Besonders die Chemie-Großkonzerne BASF, Bayer und Hoechst erzielten Rekordmarken in bezug auf Umsatz, Gewinne und Investitionen. Während in den Bezirken Hessen und Nordrhein 7 % Einkommensverbesserung vereinbart worden waren, wurden in Rheinland-Pfalz mit dem Schwerpunkt BASF nach dem Scheitern der Schlichtung erstmalig seit fast 50 Jahren Streikvorbereitungen getroffen.[28] Höhepunkt der Mobilisierung bildete eine Werksversammlung der BASF mit ca. 20000 Teilnehmern und die Urabstimmung vom 23. bis 25. Mai 1977, bei der sich in der BASF 83,4 % für einen Streik aussprachen. Nach weiteren Warnstreiks und einer politischen Intervention einigten sich IG Chemie und Unternehmerverband am 5. Juni auf Erhöhungen im Umfang von 7,24 %.

27 Frankfurter Rundschau, 23. 2. 1977.

28 Vgl. hierzu den Beitrag von W. Schwarz, in: G. Hautsch u. a., Arbeitskämpfe 1977, a. a. O.

Einen dreiwöchigen Arbeitskampf mußten die Beschäftigten des „Weser-Kuriers" und der „Bremer Nachrichten" im Juni 1977 gegen die Versuche des Verlegers führen, die Tariferhöhungen auf die übertariflichen Zulagen von Redakteuren und Angestellten anzurechnen. Hintergrund dieses bis zu diesem Zeitpunkt längsten bundesdeutschen Zeitungsstreiks war zugleich der wachsende Unmut über die autoritäre Betriebsführung des Verlegers *Meyer*, den wachsenden Arbeitsdruck auch für Angestellte und Redakteure und die Angst um die von Rationalisierung bedrohten Arbeitsplätze.[29]

Die Tarifbewegung 1978 — eine neue Etappe sozialpolitischer Auseinandersetzungen

Da es dem Kapital in den bisherigen Tarifrunden nicht in ausreichendem Maße gelungen war, eine deutliche Senkung der Lohnquote zugunsten der Profite durchzusetzen, wurde die Tarifrunde 1977/78 von den Unternehmerverbänden mit besonderer Härte eröffnet. Davon zeugen sowohl ihre Forderung nach einer Lohnpause in der Stahlindustrie, als auch ihre frühzeitigen Aussperrungsdrohungen und -vorbereitungen. Aber der Verlauf der Tarifbewegung zeigt, daß die Unternehmer mit dieser Strategie den breitesten Widerstand der letzten Jahre in der Gewerkschaftsbewegung provoziert haben. Zudem hat sich aufgrund der Rationalisierungswelle in verschiedenen Industriebereichen ein Konfliktpotential angestaut, das die Kampfbereitschaft förderte. Dies spielt als Hintergrund nicht nur in der Druckindustrie, sondern auch in der Metallindustrie und den Seehäfen eine Rolle.

Nachdem in der Stahlindustrie nach äußerst langwierigen Auseinandersetzungen bis in den Februar 1975 trotz zahlreicher Warnstreiks und der Vorbereitung einer Urabstimmung nur ein Abschluß von 4 % erreicht wurde, brachte der Arbeitskampf in den Seehäfen einen entscheidenden Durchbruch für die Lohnrunde. Die Gewerkschaft ÖTV hatte für die Seehäfen 9 % Einkommensverbesserung und eine Anhebung der Schichtzulagen für die rd. 20000 Beschäftigten gefordert. Außerdem wurden neue Eingruppierungsregelungen verlangt, die den durch die technische Entwicklung gestiegenen Qualifikationsanforderungen und neuen Arbeitsbelastungen Rechnung tragen. So liegt z. B. der „Containerisierungsgrad" im Bremer und im Hamburger Hafen inzwischen bei etwa 25 %. Bei einer auch dadurch erzielten Erhöhung des Umschlags wurde gleichzeitig die Beschäftigtenzahl reduziert.[30] Als in 7 Verhandlungsrunden und der anschließenden Schlichtung die Angebote der Unternehmer nicht über 5 % hinausgingen, rief die ÖTV für den 19. und 20. Januar 1978 zur Urabstimmung auf. In der Abstimmung sprachen sich von fast 15000 Teilnehmern 97,12 % für Kampfmaßnahmen aus. Am 25. Januar begann in 7 Häfen (Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Brake, Emden, Cuxhaven und Lübeck) ein geschlossen geführter Streik. Es war seit 1896 der erste umfassende Streik in deutschen Häfen, abgesehen von einem Arbeitskampf 1951 im Hamburger Hafen. Durch die Solidarität der ausländischen Brudergewerkschaften konnte weitestgehend ein Streikbruch durch andere europäische Häfen verhindert werden.

29 Eine ausführliche Analyse in ebenda. Vgl. auch Alberts/Herzog/Unger/Wilmersdorf, Zeitungsstreik, Hamburg 1978.

30 Zum Hintergrund des Hafenarbeiterstreiks vgl. die Ergebnisse einer Bremer Forschungsgruppe: Universität-Arbeiterkammer Bremen, kooperation Nr. 19/20/21 — 1977: Hafenarbeit in Bremen. Eine ausführliche Analyse dieses Arbeitskampfes wie auch der nachfolgenden in Druck- und Metallindustrie findet sich bei K. Pickshaus/W. Roßmann, Streik und Aussperrung 1978, Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF, Frankfurt/M. 1978.

Ein Vermittlungsgespräch unter der Leitung des Hamburger Bürgermeisters *Klose* am 28. Januar ergab die Empfehlung, Löhne und Gehälter ab Februar um 7 % zu erhöhen. Da die 7%ige Erhöhung sich nur auf 11 Monate bezog, bedeutete dies eine faktische Verbesserung von 6,4 %. Die ÖTV beschloß, ab Montag, den 30. Januar, den Streik auszusetzen und empfahl für die Urabstimmung eine Annahme dieses Ergebnisses. Überraschenderweise sprachen sich in dieser zweiten Urabstimmung am 30. Januar von 15 348 Beteiligten 8875 Gewerkschafter, das sind 55,8 %, *gegen* die Annahme aus und nur 41,9 % für diesen Abschluß. Nach den Regelungen der ÖTV war damit das Ergebnis abgelehnt, und neue Verhandlungen mußten beginnen, die eine Verbesserung von 115 DM für den Monat Januar ergaben. In der letzten Urabstimmung am 3. Februar stimmten dann 75,7 % für eine Annahme. Mit diesem Ergebnis von fast 7 % war ein deutliches Zeichen in dieser Tarifrunde gesetzt und wirksame Impulse für die weiteren Tarifbewegungen gegeben.

In den meisten Tarifbezirken der Metallindustrie wurde von der IG Metall eine 8%ige Lohn- und Gehaltsverbesserung gefordert. In vielen Fällen wurden zusätzliche Forderungen nach Verbesserung der unteren Lohnkategorien gestellt. Im Tarifbezirk Nordwürttemberg-Nordbaden wurde außerdem ein Tarifvertragsentwurf zur Besitzstandssicherung vorgelegt, ähnlich auch später im Tarifbezirk von Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Im Tarifbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern wurde die Übernahme des Lohnrahmentarifvertrages II (1973 in Nordwürttemberg-Nordbaden mit einem Streik durchgesetzt) gefordert. Der Tarifvertrag zur Besitzstandssicherung greift die negativen Folgen von Rationalisierungsprozessen für die Einkommenssicherheit und -höhe der Arbeiter und Angestellten auf und soll die ständigen Abgruppierungen durch die dequalifizierenden Auswirkungen technologischer Veränderungen verhindern. In einer Broschüre der IG Metall zu diesem Tarifvertrag hieß es dazu: „In der seit 1974 anhaltenden Krise stehen Entlassungen, betriebliche Versetzungen und teilweise Abgruppierungen im Vordergrund. Dafür sind neben konjunkturellen Gründen hauptsächlich strukturelle, technologische Gründe ausschlaggebend (neue Fertigungsverfahren, straffere Arbeitsorganisationen, neue Technologien) mit der Folge sprunghaft ansteigender Produktivität."[31]

Die Unternehmer wehrten sich gegen diese Forderungen aus durchsichtigen, prinzipiellen Gründen: „Die Lohnkostenvorteile einer Rationalisierung, die durch Entlassungen und Abgruppierung neu eingestellter Arbeitnehmer entstünden, würden auf die gesamte ‚Betriebskommune' umverteilt... Die Arbeitgeber könnten kein Interesse an einer Humanisierung und Rationalisierung der Arbeit haben..."[32] Im Schlichtungsverfahren eskalierten die Unternehmer den Konflikt, indem sie der IG Metall Verfassungswidrigkeit der Forderung nach kollektiver Absicherung gegen Abgruppierung vorwarfen. Die breite Warnstreikbewegung und das eindeutige Ergebnis der Urabstimmung in Nordwürttemberg-Nordbaden am 7./8. März von 90,3 % für Streik zeigte, daß die Forderungen eine große mobilisierende Wirkung besaßen. Gleichzeitig wurde in Nordrhein-Westfalen eine Urabstimmung durchgeführt, bei der sich 86,4 % für einen Arbeitskampf aussprachen.

Am 15. März begann morgens in 63 Betrieben Nordwürttemberg-Nordbadens mit ca. 80 000 Beschäftigten der Streik. Am selben Tag beschloß der Unternehmerverband, am 20. März in allen Betrieben mit über 1000 Beschäftigen, d. h. zusätzlich in 30 nicht be-

31 IG Metall Bezirksleitung Stuttgart, Tarifvertrag zur Besitzstandssicherung, Januar 1978. Vgl. auch E. Loderer, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/1978, S. 257 ff.

32 Handelsblatt, 19. 12. 1977.

streikten Unternehmen, eine Aussperrung durchzuführen. Anfang April hatte sich die Streikfront auf 86 Betriebe mit 91 000 Beschäftigten erweitert. Von der Aussperrung waren 78 Betriebe mit 146 000 Belegschaftsangehörigen betroffen. Nach drei Wochen Streik und zweiwöchiger Aussperrung kam es am 3. April zu einer Einigung: es wurde eine Lohnerhöhung von 5 Prozent zusätzlich einer Pauschale von 411 DM und ein Abgruppierungsschutz abgeschlossen. Der geforderte kollektive Abgruppierungsschutz wurde nicht erreicht. Die tarifliche Eingruppierung des einzelnen Arbeiters oder Angestellten ist für 18 Monate vollständig garantiert, danach findet eine begrenzte Verschlechterung der Entlohnung statt. In einer abschließenden Urabstimmung sprachen sich 169 456 Mitglieder für und 107 987 gegen die Annahme des Vertrages aus. Mit 55,41 Prozent war damit die erforderliche Mehrheit erreicht.

Die Folgen der Rationalisierung standen auch im Mittelpunkt der Tarifauseinandersetzungen in der Druckindustrie, die eine enorme politische Brisanz gewannen. Schon seit 1975 hatte die IG Druck einen Tarifvertrag zur Regelung der sozialen Folgen der neuen Technik gefordert, die die Arbeitsplätze der traditionellen Berufsgruppe der Setzer zu vernichten und die Arbeitsbedingungen insbesondere auch der Journalisten erheblich zu verschlechtern drohte.[33] Ziel eines solchen Tarifvertrages über die Einführung und Anwendung der elektronisch gesteuerten Texteingabe und -gestaltung war die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Aufrechterhaltung beruflicher Qualifikationen und die Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

Nachdem sich zuerst die Unternehmer geweigert hatten, in Verhandlungen einzutreten, kam es dann nach dem Lohnstreik 1976 Ende desselben Jahres zu Tarifverhandlungen, die sich bis September 1977 hinzogen. Im Mai 1977 wurde von der IG Druck und Papier zusammen mit der HBV, dem Deutschen Journalistenverband und anderen der Entwurf eines Tarifvertrages über die Einführung der neuen Techniken vorgelegt, dessen Hauptinhalte in folgenden Forderungskomplexen bestanden[34]:

1. Sicherung der Arbeitsplätze für Schriftsetzer auch nach Einführung der neuen Techniken.
2. Bezahlung der neuen Arbeiten nach Facharbeiterlöhnen.
3. Schutz der Journalisten vor dem Zwang, berufsfremde Arbeiten der technischen Herstellung übernehmen zu müssen.
4. Wirksamer Gesundheitsschutz, vor allem durch Arbeitszeitverkürzung und Pausen für alle, die am Bildschirm arbeiten müssen.

Ähnliche Forderungen stehen auch für die anderen Facharbeitergruppen in der Druckindustrie an. Diese Forderungen unterscheiden sich prinzipiell von den bisherigen „Rationalisierungsschutzabkommen", da sie über eine Sozialplanregelung hinausgehen und eine Mitbestimmung über die Quantität und Qualität der Arbeitsplätze beinhalten. Die Haltung der IG Druck und Papier ist dabei nicht von einer „Technikfeindlichkeit" bestimmt, sondern richtet sich gegen die aus dem kapitalistischen Charakter der technologischen Rationalisierung resultierenden negativen sozialen Folgen für die abhängig Beschäftigten. Wie die Diskussion auf dem Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier 1977 zeigte, wird zum Teil die Notwendigkeit erkannt, diese konkreten Forderungen mit lang-

33 Zu den Problemen der neuen Technik, vgl. als Überblick: L. Peter, Neue Technik und die Folgen ihrer kapitalistischen Anwendung, in: Marxistische Blätter 2/1978, S. 21 ff.

34 Wortlaut dieses Tarifvertragsentwurfes in: Druck und Papier Nr. 12/4. Juli 1977, S. 10/11. Zu den Einzelheiten der Tarifverhandlungen vgl. die lfd. Ausgaben des Zentralorgans der IG Druck und Papier.

fristigeren Schritten der Demokratisierung der Betriebe und mit Eingriffen in den Profitmechanismus zu verbinden. Da technologische Umwälzungen auch in anderen Wirtschaftsbereichen bevorstehen oder zum Teil schon längst begonnen haben (wie etwa im Büro- und Verwaltungsbereich), wurden durch den Ausgang dieses Tarifkampfes Maßstäbe für alle anderen Gewerkschaften gesetzt.

Sowohl die sieben Verhandlungsrunden, die im September 1977 endgültig scheiterten, als auch die Schlichtung, die im November ergebnislos verlief, wurden von einer breiten Mobilisierung in den Betrieben begleitet. Bis zum 22. Dezember 1977 wurde nach Angaben der Gewerkschaft in 153 Betrieben gestreikt; insgesamt fielen 18 099 Stunden aus. Beteiligt waren an diesen Aktionen 14 584 Beschäftigte. Außerdem wurden in 130 Betrieben Überstunden verweigert. Eine komplizierte Situation entstand für die IG Druck Ende Januar 1978. Nachdem die Unternehmer sich unter dem Eindruck der Warnstreiks verhandlungsbereiter zeigten, wurden in Beratungen am 19. und 20. Januar „Leitsätze" vereinbart, auf deren Grundlage eine Verhandlungskommission am 23. und 24. Januar einen Tarifvertrag ausarbeiten sollte. Schon in der Tarifkommission hatte eine Minderheit von 18 zu 28 Stimmen Bedenken gegen den Inhalt der „Leitsätze" geäußert. Das Ergebnis dieser Beratungen entsprach aber in keiner Weise den ursprünglichen Forderungen der Gewerkschaft und stieß in den Betrieben, in denen die Erwartungen inzwischen sehr stark gestiegen waren, auf Kritik. Unter dem Eindruck von fast 60 Resolutionen und Warnstreiks in Frankfurt und Hamburg lehnten die Tarifkommission und am 3. Februar auch der erweiterte Vorstand der IG Druck und Papier das Verhandlungsergebnis einstimmig ab.[35] Für die gewerkschaftliche Arbeitskampfstrategie bestand folgende generelle Problematik: Eine Eskalation des Drucks auf die Unternehmer bis zum bundesweiten Streik wie 1976 konnte nur als allerletztes Mittel eingesetzt werden, da dies trotz der Sparbeschlüsse des Gewerkschaftstages die finanziellen Kräfte der IG Druck schnell überschreiten würde und die uneingeschränkte Solidarität des DGB und seiner Einzelgewerkschaften voraussetzte. Mit der schon auf dem Gewerkschaftstag gegebenen Orientierung auf Schwerpunktstreiks und der Möglichkeit betrieblicher Urabstimmungen wurde eine flexible Strategie anvisiert, die bei minimalem Einsatz der Kräfte größtmöglichen Druck auf die Unternehmerfront ermöglichte. Dies erforderte allerdings eine Geschlossenheit der Führung des Arbeitskampfes und Solidarität der nicht in den Kampf einbezogenen Teile der Mitgliedschaft.

Ende Februar trat der Arbeitskampf in seine entscheidende Phase. Da die Unternehmer nicht bereit waren, auf der Grundlage der Gewerkschaftsforderungen in Verhandlungen einzutreten, wurden am 27. Februar in 5 Betrieben in München, Kassel, Düsseldorf und Wuppertal — begleitet von Warnstreiks in 25 Betrieben — Urabstimmungen durchgeführt. Die Ergebnisse:

Süddeutscher Verlag, München	83,1	Prozent
Münchner Buchgewerbehaus	99,0	Prozent
Dierichs, Kassel	80,9	Prozent
RBD Rheinische Post, Düsseldorf	90,7	Prozent
RBD Girardet, Wuppertal	91,4	Prozent

Am 28. Februar begann in diesen 5 Betrieben ein unbefristeter Schwerpunktstreik, der vom Unternehmerverband am 2. März mit einem Aussperrungsbeschluß beantwortet

35 Vgl. hierzu Druck und Papier Nr. 4/1978, S. 9/10. Zu dem innergewerkschaftlichen Konflikt vgl. den Kommentar von Detlef Hensche, S. 3.

wurde, dem 12 Betriebe nachkamen. Um den Druck auf die entscheidenden Kräfte im Unternehmerlager, die großen Zeitungsverleger, zu erhöhen, wurde von der Gewerkschaft mit einem Proteststreik in allen Springer-Betrieben reagiert. Um die Gewerkschaft vor allem finanziell in die Knie zu zwingen, spitzten die Zeitungsverleger den Konflikt mit einer befristeten bundesweiten Aussperrung vom 5. bis 7. März (78 Betriebe) zu. Die IG Druck weitete die Streikfront zeitweilig auf die Betriebe des Heinrich Bauer-Verlages aus und führte in zahlreichen Betrieben Urabstimmungen durch.

Obwohl es auf Initiative der Gewerkschaft unter Vermittlung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, *Joseph Stingl*, am 13. März in Nürnberg wieder zu ersten Vermittlungsgesprächen kam, hatten die Unternehmer schon die nächste Eskalationsphase mit einer unbefristeten bundesweiten Aussperrung ab 14. März beschlossen. In über 500 Betrieben wurden täglich über 30 000 Gewerkschaftsmitglieder ausgesperrt, während durch den Streik in dieser Phase 6 Betriebe mit 2200 Streikenden betroffen waren.

Wie schon an anderer Stelle ausgeführt wurde, fielen durch die Aussperrungsmaßnahmen viermal so viele Arbeitstage aus wie durch die Streiks.[36] Die Streikfront blieb während der ganzen Zeit geschlossen. Insbesondere auf die Aussperrungen hatten viele Belegschaften mit anschließend hohen Urabstimmungsergebnissen reagiert, um die Bereitschaft zu bekunden, jederzeit die Streikfront zu erweitern. In Hessen war es in Wahrnehmung der Verfassungsbestimmung über ein Aussperrungsverbot zu einer neuen offensiven Aktionsform gekommen: Die Belegschaft der „Frankfurter Rundschau" (Werk 1) weigerte sich in der Nacht vom 15. auf den 16. März, die Arbeitsplätze zu verlassen und hielt den Betrieb besetzt. Gleichzeitig wurden während der Betriebsbesetzung Notzeitungen für die Bevölkerung produziert. Dies stellt eine neue Qualität des Arbeitskampfes dar, ebenso wie die vielfältige Solidarität anderer Gewerkschaften und des DGB. Das Echo in der Öffentlichkeit war positiver als im Arbeitskampf 1976. Die „Stellvertreterfunktion" dieser Auseinandersetzung für die zukünftige Abwehr von Rationalisierungsfolgen wurde auch in den anderen Gewerkschaften verstanden. Die IG Druck und Papier hatte — unter Auswertung der Erfahrung von 1976 — die enorme Bedeutung einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit begriffen. Fast in allen Zentren erschienen regelmäßig eigene Informationsblätter und Zeitungen, vor allem während der Aussperrungstage.

Nach drei Wochen Arbeitskampf kam es am 19. März unter Einschaltung von Bundesminister *Wischnewski* zu einem Tarifvertrag, der mit Recht als Meilenstein in der Tarifgeschichte der Bundesrepublik bezeichnet werden kann. Zu den wichtigsten Bestimmungen gehören:

— Schriftsetzer und ihnen gleichgestellte Beschäftigte erhalten für eine mehrjährige Übergangszeit ihre bisherige tarifliche Entlohnung, auch wenn sich die Arbeitsbedingungen aufgrund der Einführung der Elektronik ändern.
— Fachkräfte der Druckindustrie haben für acht Jahre nach Umstellung der jeweiligen Tätigkeit Anspruch auf die vorrangige Beschäftigung mit den neuen Arbeiten im rechengesteuerten Textsystem.
— Für alle Bildschirmarbeiten schreibt der Tarifvertrag für jede Stunde fünf Minuten Erholungszeit oder alle zwei Stunden eine 15minütige bezahlte Unterbrechung der Tätigkeit vor.
— Der neue Tarifvertrag regelt ausführlich die technischen Bedingungen, die als Mindestanforderung im Sinne einer menschengerechten Gestaltung von den Bildschir-

36 Vgl. Abschnitt II.

men erfüllt werden müssen. Diese Regelungen haben große Bedeutung auch für Wirtschaftsbereiche, in denen bisher unter schlechteren Bedingungen Bildschirme schon eingesetzt wurden.
— Redakteure dürfen nicht gezwungen werden, fremde Texte ohne Abänderung in Satz zu geben.
— Viele Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes sind präzisiert oder erweitert worden.[37]

Materielle Ergebnisse und veränderte Probleme der Tarifbewegungen

Die lohnpolitischen Resultate der Tarifbewegung 1977/78 sind sehr bescheiden. Nur der Tarifabschluß in den Seehäfen geht eindeutig über die „Lohnleitlinien" des Sachverständigenrates und der Bundesregierung hinaus. Schon die bisherige Auswertung der Tarifbewegungen während der Krisenjahre zeigt, daß generell die materiellen Ergebnisse gegenüber Anfang der siebziger Jahre stark reduziert wurden. Betrug die Steigerung der Tarifeinkommen 1970 bis 1974 pro Jahr zwischen 10 und 13 Prozent, so machte sie 1975 nur noch 8,5 Prozent, 1976 5,9 Prozent und 1977 6,8 Prozent aus. 1978 dürfte sie durchschnittlich wieder fast 2 Prozent unter der des Vorjahres liegen.

Betrachtet man die Realeinkommen der Beschäftigten, so stiegen diese 1975 nur noch um 1,2 Prozent, gingen 1976 leicht zurück und nahmen 1977 — auch aufgrund der geringeren Preissteigerungsrate — wieder um 1,8 Prozent zu. 1978 wird sich diese Entwicklung nicht wesentlich verändern. Vergleicht man damit die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, so ist diese in den letzten Jahren bedeutend schneller gestiegen als die realen Arbeitseinkommen (vgl. Tab. 8).[38] Dadurch hat sich die Verteilungsposition der Arbeiter und Angestellen, d. h. ihr Anteil am Volkseinkommen, erheblich verschlechtert. 1976 erreichte die Nettolohnquote mit 41,5 Prozent den niedrigsten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik.

Tabelle 8

Reallöhne und Arbeitsproduktivität[1]

Jahr	Reallohn	Arbeitsproduktivität[2]
1973	+ 1,2	+ 4,6
1974	+ 2,6	+ 2,4
1975	+ 1,2	+ 0,8
1976	— 0,3	+ 6,6
1977	+ 1,8	+ 2,9

1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.
2 Arbeitsproduktivität berechnet als reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.
Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von Wirtschaft und Statistik, lfd.

Zum Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Lohnpolitik hat sich die Verteidigung des bestehenden sozialen Besitzstandes entwickelt. Ohne Mobilisierung war es für einige Tei-

37 Dazu L. Mahlein in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/1978, S. 261 ff. und D. Hensche, Technische Revolution und Arbeitnehmerinteresse, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1978, S. 413 ff.
38 Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse (Hrsg. IMSF), Nr. 2/1978, S. 7.

le der Arbeiterklasse noch nicht einmal möglich, die Realeinkommen zu sichern. Materielle Erfolge in der Tarifpolitik setzen unter den gegenwärtigen Bedingungen einen entschiedenen Einsatz gewerkschaftlicher Kampfkraft voraus. Zur Voraussetzung erfolgreicher Lohnpolitik wird aber auch die Infragestellung und Kritik der einkommenspolitischen Ziele und Argumente des Monopolkapitals und des Staates. Dies erfordert von den Gewerkschaften „ein eigenes — theoretisch fundiertes — wirtschaftliches Konzept..., das konkrete, durchsetzbare Alternativen formuliert" und „der scheinbar wissenschaftlich begründeten unternehmerischen Propaganda" Widerstand bietet.[39] Damit wird die staatliche Wirtschaftspolitik stärker zum Gegenstand der Klassenauseinandersetzung. Diese Bedingungen, die eine engere Verbindung von ökonomischen und politischen Momenten beinhalten, stellen an die Gewerkschaftspolitik höhere Anforderungen und erfordern die Verteidigung der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit gegenüber der Regierungspolitik.[40]

Die eigentlichen Erfolge der Arbeitskämpfe des Frühjahrs 1978 wurden nicht auf lohnpolitischem Gebiet, sondern im Bereich der Manteltarifpolitik errungen. In der Abwehr von Folgen der Rationalisierung und technischen Veränderungen konnten tarifvertragliche Regelungen durchgesetzt werden, die trotz ihres Kompromißcharakters über die bisherige Rationalisierungsabwehr hinausgehen und neue Wege gewerkschaftlicher Tarifpolitik aufzeigen.

IV. Arbeitskämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau

Arbeitskämpfe im Rahmen von Tarifauseinandersetzungen stellen eine organisierte Form der Klassenauseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit dar, da ganze Teile der Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften mit den Organisationen des Kapitals konfrontiert sind. Die Erfahrungen der Kämpfe von 1976 und 1978 zeigen, daß hier sogar die Kommandozentrale des Monopolkapitals, die Spitze der BDA, den Einsatz der Unternehmer gegen die streikenden Arbeiter und ihre Gewerkschaft koordinierte.

Die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit findet jedoch nicht nur in Tarifkämpfen, sondern dauernd statt. Der Hauptkampfplatz ist und bleibt dabei der Betrieb, denn hier erfolgt die Ausbeutung der menschlichen Arbeit, hier wird die Existenzgrundlage für das Kapital geschaffen. Ständige Konfliktfelder sind die betriebliche Lohngestaltung, die Arbeitsbedingungen, die betrieblichen Herrschaftsverhältnisse u. a. m. Betriebliche Aktionen der Belegschaften bis hin zu Streiks sind ein wichtiger Indikator für den Grad der Klassenauseinandersetzung, für die Kampfbereitschaft und das Bewußtsein der Arbeiterklasse. Mit der Krise, der Veränderung der ökonomischen Lage und der Kampfbedingungen verschieben sich auch die Konfliktbereiche. Sie sind stärker — ebenso wie in den Tarifauseinandersetzungen — durch die Offensive des Kapitals und die defensive Situation der Arbeiter und Angestellten geprägt. Die Verteidigung des erreichten sozialen Besitzstandes, der Arbeitsplätze und der erkämpften Rechte tritt in den Vordergrund.

Die Angriffe der Unternehmer reichen von offenen Lohnkürzungen und Abgruppierungen über den Abbau von Zulagen, Leistungsverschärfungen, Disziplinierungen von

39 L. Mahlein, Gewerkschaftliche Tarifpolitik 1978, in: Druck und Papier 4/1978, S. 4.

40 Mit Problemen tarifpolitischer Grundsätze und gewerkschaftlicher Taktik beschäftigt sich H. Schäfer, Probleme der Lohn- und Tarifpolitik im Übergang zu den achtziger Jahren, in: Das Argument 109, S. 347 ff.

Betriebsräten und aktiven Gewerkschaftern, willkürliche Kurzarbeitsperioden, Sonderschichten statt Neueinstellungen bis hin zum offenen Bruch von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen. Die tägliche Verteidigung der Interessen gegen die Angriffe des Kapitals ist eine unerläßliche Voraussetzung für jeden weiteren Kampf. Würden die Arbeiter „in ihren täglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben", sagte *Marx*, „sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen".[41] Insbesondere die Reaktion auf Maßnahmen der Arbeitsplatzvernichtung — resignative Hinnahme oder aktive Gegenwehr — ist wichtig für die Entwicklung der Kampfbedingungen in der Krise, auch im Bereich des Lohnkampfes. Je stärker die Gewerkschaften dem mit der Angst um den Arbeitsplatz verbundenen Druck (und seiner ideologischen Verstärkung durch die bürgerlichen Medien) nicht nur argumentativ, sondern durch aktive Politik und konsequenten Abwehrkampf entgegenwirken, desto eher verbessern sich die Bedingungen des Kampfes auf *allen* Feldern.

Ursachen und Ausmaß der Aktionen

Bei der Untersuchung von Aktionen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse sollen zwei Bereiche unterschieden werden: der Bereich des Sozialabbaus, der von Lohnkürzungen, Streichungen von Zulagen bis zu verschiedenen Maßnahmen der Leistungsverschärfung eine ganze Palette von Möglichkeiten der Vertiefung der Ausbeutung erfaßt, und der Bereich der Arbeitsplatzvernichtung — sei es durch Rationalisierungen, Produktionsverlagerungen oder durch Teil- oder Totalstillegungen.

Eine genaue quantitative Erfassung dieser Aktionen ist aus den schon genannten Gründen nicht möglich. Die offizielle Statistik erfaßt auch nicht die Ursachen und Anlässe der Streiks. Ein Teil der Aktionen besteht nicht in Streiks, sondern in betrieblichen und außerbetrieblichen Demonstrationen oder einer Kombination mehrerer Kampfformen. Diese Aktionen sollen mitberücksichtigt werden. Obwohl das im „Archiv der sozialen Bewegungen" des IMSF zusammengetragene empirische Material über Arbeitskämpfe notwendigerweise sehr unvollständig und eine exakte Abgrenzung der Konfliktursachen oft sehr schwierig ist, lassen sich in der Auswertung doch bestimmte Entwicklungstendenzen erkennen. Absolute Zahlen etwa über Anzahl der Aktionen oder der Teilnehmer sind in allen Fällen als Mindestangaben zu werten. Die Dunkelziffer nicht erfaßter Arbeitskämpfe ist nach aller Erfahrung im Bereich der betrieblichen Aktionen besonders groß.

Analysiert man die Entwicklungstendenzen der Konfliktursachen, so ist in der Krise die schon erwähnte deutliche Verschiebung gegenüber dem Beginn der siebziger Jahre belegbar. Die Auswertung einer „statistischen Übersicht: Streiks in der BRD 1970" des IMSF ergibt für 1970 folgende Konfliktfelder betrieblicher Streiks:[42]

Tabelle 9
Relationen der Konfliktfelder 1970

betriebliche Lohnerhöhungen	Einstufung, Bewertung etc.	Arbeitsbedingungen
33,5 %	23 %	9 %

41 Karl Marx, Lohn, Preis und Profit, in: MEW 16, Berlin 1968, S. 151 ff.
42 Statistische Übersicht: Streiks in der BRD 1970, in: IMSF (Hrsg.), Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften, Frankfurt/Main 1971, S. 206—208.

Lohn- u. Sozialabbau	Entlassungen	Mitbestimmung	Disziplinierung	Rationalisierung
8 %	8 %	4 %	3,3 %	0,4 %

(Da einige Konfliktfelder wie die offizielle Tarifbewegung hier vernachlässigt werden konnten, ergibt sich eine Differenz zu 100 %)

Auch wenn in einer Aktionsstatistik von 1977 teilweise andere Kategorien benutzt werden, ist die Veränderung der Relationen unübersehbar:[43]

Tabelle 10

Relationen der Konfliktfelder 1977

Rationalisierung	Entlassungen	Mißachtung von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen
27 %	24 %	21 %

Lohnabbau	Leistungsverschärfung	Disziplinierung
4,5 %	3 %	3 %

Stand 1970 noch der Kampf um betriebliche Lohnerhöhungen an erster Stelle der Streikursachen, so ist es 1977 in über der Hälfte der Fälle der Kampf gegen Entlassungen durch Rationalisierung oder andere Maßnahmen. Rationalisierungsprobleme spielten 1970 mit 0,4 Prozent eine verschwindende, Entlassungen mit 8 Prozent eine geringe Rolle. Die betrieblichen Lohnbedingungen (Einstufung, Leistungsbewertung, etc.) standen 1970 an zweiter, der Kampf um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen noch an dritter Stelle. Die Veränderung der Kampfbedingungen und der defensivere Charakter kommt 1977 auch darin zum Ausdruck, daß die Mißachtung von tarifvertraglichen Bestimmungen und Betriebsvereinbarungen und der Lohnabbau durch die Unternehmer das zweite wichtige Kampffeld darstellen. Im Vordergrund steht 1977 die Verteidigung der Arbeitsplätze und des erreichten sozialen Besitzstandes.

Die Zahl der Aktionsteilnehmer hat in den Krisenjahren 1975 bis 1977 ständig zugenommen, insbesondere im Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung. Dies ist 1977 auch auf die großen Demonstrationen für das Recht auf Arbeit zurückzuführen, aber auch die Streiks sind zahlreicher geworden.

43 Arbeitskämpfe in der BRD 1977 — ein Überblick, in: G. Hautsch u. a., Arbeitskämpfe 1977, a. a. O. Hier auch das 1. Kapitel.

Tabelle 11

Aktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau 1975 bis 1977

	1975 [44] (Juni—Dezember)	1976 [45]	1977 [46]
bekanntgewordene Aktionen	65	41	114
bekanntgewordene Anzahl der Teilnehmer insgesamt darunter	ca. 28 000 (58)		121 650 (63)
...gegen Arbeitsplatzvernichtung	ca. 20 000 (31)	34 000 (34)	117 650 (51)
... gegen Sozialabbau	ca. 8 000 (27)		4 000 (12)

(in Klammern Anzahl der Aktionen, bei denen die Teilnehmerzahl bekannt wurde)

Zu einigen Problemen der Aktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung

Die Vielzahl der Aktionen unter jeweils sehr spezifischen Bedingungen macht eine zusammenfassende Auswertung schwierig. Inzwischen liegen zu zahlreichen einzelnen Abwehrkämpfen und Bewegungen Dokumentationen und Analysen vor.[47]

In einzelnen Jahren gewannen bestimmte Aktionen und Bewegungen besondere Publizität. In den statistischen Überblicken wurde bisher die von örtlichen über regionale zu zentralen Aktionen sich entwickelnde Bewegung der Gewerkschaftsjugend im Jahre 1975 gegen Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenvernichtung und für bessere Berufsausbildung nicht berücksichtigt.[48] An den dreizehn regionalen Demonstrationen vom Februar bis Oktober 1975 nahmen über 100000 Menschen teil, an der zentralen Kundgebung am 8. November 1975 in Dortmund mindestens 50000. Da 1975 die Politik des DGB und der meisten Einzelgewerkschaften noch weitgehend durch den „Krisenschock" gelähmt war, gewann diese erfolgreiche Mobilisierung durch die Gewerkschaftsjugend besondere Bedeutung.

Breites Echo in der Öffentlichkeit erhielt der Kampf der 150köpfigen Belegschaft des Zementwerkes Seibel und Söhne in Erwitte gegen die Schließung des Betriebes.[49] Nach

44 Kämpfe gegen die Abwälzung der Krisenlasten (Aktionstabelle), a. a. O.

45 Kämpfe zur Sicherung der Arbeitsplätze 1976/77, in: K. Pickshaus u. a., a. a. O.

46 Vgl. Anmerkung 43.

47 Vom IMSF erschienen dazu folgende Arbeiten: H. Bär u. a., Betriebsbesetzung — eine Kampfform zur Sicherung der Arbeitsplätze, Informationsbericht des IMSF 21, Frankfurt 1976; A. Lenhardt/G. Weiß, Stahlkrise an der Saar — ein Kampf um Arbeitsplätze, Soziale Bewegungen — Analyse und Dokumentation des IMSF, Frankfurt/Main 1978; J. Huffschmid, Kämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung in Bremen 1977, in: G. Hautsch u. a., Arbeitskämpfe 1977, a. a. O.

48 Vgl. P. Katzer, Zur Gewerkschaftsjugendbewegung — Probleme und Entwicklungen seit Ende der sechziger Jahre, Soziale Bewegungen — Analyse und Dokumentation des IMSF, Frankfurt/Main 1977.

49 Eine ausführliche Analyse einschließlich der juristischen Problematik und Dokumentation bei H. Bär u. a., Betriebsbesetzung, a. a. O.

Proteststreiks besetzte die Belegschaft vom 10. März bis zum 2. Mai 1975 das Werk und führte danach den Kampf als Streik fort. Trotz zahlreicher Probleme konnten in den sich anschließenden langwierigen juristischen Auseinandersetzungen Teilerfolge erzielt werden. Der mit Streiks, Demonstrationen und einem Hungerstreik 1975 geführte Kampf der Belegschaft des Mannesmann-Werkes Demag in Kalldorf konnte die Stillegung nicht verhindern.

1976 nahm die Zahl der Aktionen, die sich gegen Pläne von Konzernen zur Rationalisierung, Produktionsverlagerungen, Teilstillegungen richtete, zu. Bedeutsam ist hier etwa der langwierige Kampf der Belegschaft des Siemens-Werkes in Bruchsal gegen Arbeitsplatzreduzierungen und der erfolgreiche Kampf der Belegschaft des Flugzeug- und Rüstungskonzerns VFW-Fokker in Speyer. Schon 1976, in stärkerem Maße aber dann 1977, entwickelten sich gegen die Auswirkungen der Arbeitsplatzvernichtung durch die Konzerne regionale Bewegungen, Demonstrationen und Kundgebungen, die verschiedene betroffene Belegschaften zusammenfaßten. Oft werden von den Massenentlassungen oder Betriebsstillegungen ganze Regionen berührt, insbesondere monostrukturierte und wirtschaftsschwache Gebiete wie z. B. das Saarland. Die Betroffenheit geht dann weit über den Kreis der Belegschaft und der Angehörigen hinaus und erfaßt große Teile des Mittelstandes, die von der Kaufkraftentwicklung der arbeitenden Bevölkerung abhängig sind. Diese Betroffenheit setzt sich in manchen Fällen in Bereitschaft zum gemeinsamen Kampf mit den Belegschaften um. In Bruchsal organisierte die IG Metall eine Serie von Veranstaltungen in der gesamten Region, allein 17 in 13 Orten im September 1976. Es gelang, Vertreter der Kirchen in die Bewegung miteinzubeziehen. Auch im Saarland konnten einige katholische Geistliche für die Bewegung gegen die Arbeitsplatzvernichtung der Stahlkonzerne in Neunkirchen und Burbach gewonnen werden.

Die Aktionen der Belegschaft von VFW-Fokker gegen die Vernichtung von 1000 Arbeitsplätzen wurden 1976 in Speyer von einer Bürgerinitiative unterstützt, der zwei Pfarrer vorstanden und deren Breite von den Kirchen über viele lokale Vereinigungen bis zur DKP reichte. Die Bürgerinitiative gab eine eigene Zeitung heraus und organisierte zusammen mit der IG Metall wirkungsvolle Aktionen.

Gegen geplante Massenentlassungen durch die Stahlkonzerne an der Saar fanden 1977 mehrere große Demonstrationen statt; am 1. März mit 5000, am 9. März mit 10000, am 26. Oktober mit 1000 und am 2. Dezember mit 5000 Teilnehmern.[50] Am 26. Januar 1977 führte die IG Metall in Hamburg eine Kundgebung mit 15000 Teilnehmern unter folgenden Losungen durch: „Für das Recht auf Arbeit, für die paritätische Mitbestimmung, gegen das ungebrochene Entscheidungsrecht der Konzerne über das Schicksal unserer Kollegen..." In Bremen wurden in einer Kundgebung am 25. August 1977, an der 15000 Menschen teilnahmen, betriebliche Bewegungen auf den Werften, der Klöckner-Hütte und der VFW-Werke zur Erhaltung von Arbeitsplätzen zusammengefaßt.[51]

Gemessen an der Zahl der Massenentlassungen und Betriebsstillegungen ist die Gesamtzahl der Abwehraktionen sicherlich nicht groß. Bei sehr vielen Bewegungen fällt die Langwierigkeit der Auseinandersetzungen auf, die in der Regel darauf zurückzuführen ist, daß die Konzerne schrittweise ihre Pläne verwirklichen wollen und bei Widerstand der Belegschaften immer wieder neue Versuche unternehmen. Gelingt es in solchen Fällen den Gewerkschaften nicht, ein langfristiges Abwehrkonzept zu entwickeln und die Soli-

50 Vgl. A. Lenhardt/G. Weiß, Stahlkrise an der Saar, a.a. O.
51 Vgl. G. Hautsch u. a., Arbeitskämpfe 1977, a. a. O.

darität der Belegschaften aller Werke eines Konzerns zu gewährleisten, endet der Kampf wie bei Demag/Kalletal 1975 mit einem Mißerfolg. Eine beispielhafte Solidarität entwickelte sich zwischen der VFW-Fokker-Belegschaft in Speyer und den norddeutschen, vor allem den Bremer Belegschaften.

In vielen Fällen existieren keine Vorstellungen, mit welchen Kampfformen man der Vernichtung von Arbeitsplätzen begegnen kann. Oft reduziert sich die Reaktion auf öffentliche Proteste. Streiks werden angesichts bevorstehender Betriebsschließungen nicht für ein wirkungsvolles Mittel gehalten, obwohl sie in den letzten Jahren zugenommen haben. Eine längere Betriebsbesetzung, die in Frankreich und Italien zur allgemein akzeptierten und angewandten Kampfform gehört, wurde bislang nur bei Seibel in Erwitte angewandt. Häufig werden verschiedene Aktionsformen kombiniert. Bei VFW-Fokker in Speyer wechselten u. a. folgende Formen einander ab: Demonstrationen und Kundgebungen, Warnstreiks, Straßenaktionen, Ortsteilversammlungen, ein großes Fest vor den Werkstoren am 1. Mai. Zudem wurde der Betrieb 1976 ständig bewacht, um gegebenenfalls einen Abtransport von Maschinen zu verhindern. Die Frauen der Beschäftigten waren bereit, in einem solchen Falle den Betrieb zu besetzen.

Auch bei Siemens in Bruchsal wurde über eine mögliche Betriebsbesetzung diskutiert. Die 170 Beschäftigten der Hamburger Firma Mittelhäuser und Walter besetzten am 18. Februar 1977 nach einem Zusammenbruch des Unternehmens für mehrere Tage den Betrieb, um ihre Lohnansprüche durchzusetzen.

Zumeist richtet sich die Aktivität der Betriebsräte ausschließlich auf die Ausarbeitung von Sozialplänen. Jedoch haben Forderungen nach prinzipieller Verhinderung von Entlassungen und die Entwicklung von Alternativvorstellungen zugenommen. Generell läßt sich feststellen, daß neben defensiven Momenten häufiger offensive Ziele und Losungen treten. Es wird häufig nicht mehr nur die sozialrechtliche Absicherung bei Arbeitsplatzverlust, sondern die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit überhaupt gefordert. Der Betriebsrat von VFW-Fokker in Speyer forderte zur langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze auch die Umstellung des Werkes auf Friedensproduktion. Die Praxis zeigt, daß im Zuge der Auseinandersetzungen die Einsicht in den menschenfeindlichen Charakter des monopolkapitalistischen Systems wächst. Das kapitalistische Wirtschaftssystem, die „freie Marktwirtschaft", wird häufiger in den letzten Jahren in Frage gestellt. Dies hat nicht nur politische Bedeutung, sondern auch unmittelbar praktische. Die Infragestellung der Unternehmerargumentation vom „Wohl des Unternehmens", der Logik des Kapitals beseitigt ideologische Barrieren für einen aktiven Abwehrkampf.

Aktionen fanden in der Regel dort statt, wo die Belegschaften relativ hoch organisiert waren und oft auch schon über Kampferfahrung verfügten. Die betrieblichen und regionalen Abwehrkämpfe wurden zumeist von den Ortsverwaltungen und Bezirksgremien der Gewerkschaften unterstützt. Gerade das Beispiel Speyer (VFW-Fokker), wo die IG Metall ein eigenes „Komitee zur Sicherung der Arbeitsplätze" bildete und ab März 1976 mehrere Wochen täglich eine Zeitung herausgab, zeigt, wie wirkungsvoll die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation eingesetzt werden kann. Dennoch fehlt eine größere Zahl solcher Beispiele notwendiger und effektiver Koordinierung und Unterstützung der einzelnen betrieblichen Aktionen, insbesondere durch die Vorstände der Gewerkschaften. Auch stellt sich die Frage nach der Ausnutzung von Positionen der Montanmitbestimmung, beispielsweise zur Abwehr der Massenentlassungen in der Stahlindustrie im Saarland. Obwohl von den Gewerkschaften inzwischen beschäftigungspolitische Programme

entwickelt wurden, fehlt die Verbindung dieser Alternativpositionen mit den konkreten betrieblichen Bewegungen die Entwicklung einer einheitlichen Abwehrstrategie.

V. Eine neue Etappe sozialpolitischer Auseinandersetzungen[52]

Die Bundesrepublik war während der Krisenjahre 1975 bis 1977 keineswegs eine „Insel des sozialen Friedens", auch wenn die Intensität der Arbeitskämpfe gegenüber der Periode 1969 bis 1974 stark zurückgegangen war. Obwohl schon der Streik in der Druckindustrie 1976 Veränderungen des „sozialen Klimas" und der Gewerkschaftspolitik signalisierte, waren die Frühjahrskämpfe 1978 der einschneidende Wendepunkt.

Die ökonomische Ausgangssituation — Ausbleiben eines merklichen Konjunkturaufschwungs, anhaltende Massenarbeitslosigkeit — hatte sich nicht verändert. Neue Momente sind jedoch in zweierlei Hinsicht feststellbar:

Die schon anfangs skizzierte Politik des Monopolkapitals verfolgte in den Tarifauseinandersetzungen 1978 das Ziel, den Gewerkschaften einen empfindlichen Schlag zu versetzen, eine Neuordnung des sozialökonomischen Kräfteverhältnisses durchzusetzen. Dabei wurden auch zumindest vorübergehend die „Spielregeln" der Sozialpartnerschaft bewußt verletzt. Ein solcher Kurs traf die Gewerkschaften insgesamt, einschließlich der Kräfte die eher eine sozialpartnerschaftliche Politik befürworten. Vor diesem Hintergrund ist auch der Boykott der Konzertierten Aktion durch den DGB als Reaktion auf die Verfassungsklage der Unternehmer gegen das „Mitbestimmungsgesetz" zu erklären. Während eine Ablehnung der Konzertierten Aktion bislang nur in der Gewerkschaft Holz und Kunststoff und der IG Druck und Papier eine Mehrheit gefunden hatte, plädierten in dieser Situation einmütig der Gewerkschaftstag der IG Metall im September 1977 und der Bundeskongreß des DGB im Mai 1978 für einen Boykott dieses Gremiums.

Die provokatorische Haltung der Unternehmer zwang die Gewerkschaften in stärkerem Maße als in den letzten Jahren, sich zur Verteidigung der Interessen ihrer Mitglieder auf ihre Stärke, die Aktionsfähigkeit ihrer Mitgliederbasis zurückzubesinnen. Diese Tendenz kam auch auf den Gewerkschaftstagen im Herbst 1977 zum Ausdruck. Symptomatisch und in mancher Hinsicht am bemerkenswertesten ist für diese Konstellation die Reaktion der IG Bau, Steine und Erden in den Tarifrunden 1977 und 1978, in denen es erstmals seit vielen Jahren zu umfangreichen Streiks kam. Die IG Bau, Steine, Erden war in der Vergangenheit eine besonders aktive Vertreterin sozialpartnerschaftlicher Konzeptionen im DGB. Auf der Funktionärstagung dieser Gewerkschaft im September 1977 war sichtbar geworden, daß Strömungen an Boden gewinnen, die stärker auf die Mobilisierungsfähigkeit der Basis setzen.

Zum anderen: Die offizielle wirtschaftspolitische Ideologie und Integrationspolitik hat offensichtlich erheblich an Wirksamkeit eingebüßt. Die seit Bestehen der Massenarbeitslosigkeit meistgebrauchte Formel der Kapitalvertreter und der Regierung „Profite = Investitionen = Arbeitsplätze" geriet in Widerspruch zur realen Erfahrung großer Teile der Arbeiterklasse. Waren zu Beginn der Krise vorwiegend Ausländer, Frauen und andere „Problemgruppen" der Arbeiterklasse betroffen, so wurden nunmehr auch Kerngruppen der Arbeiterklasse, die qualifizierten Industriearbeiter, in Arbeitsplatz, beruflicher Qualifikation und Einkommen bedroht. Diese Gruppen verfügten über mehr Kampferfah-

52 Vgl. zu diesem Abschnitt K. Pickshaus, Neue Aspekte gewerkschaftlicher Kämpfe, in: Marxistische Blätter 3/1978, S. 27 ff.

rung, waren besser organisiert und leichter zu mobilisieren. Sie gehören, wie etwa die Schriftsetzer in der IG Druck und Papier, zum Kern der gewerkschaftlichen Organisation.

Auch aufgrund der in den Jahren der wirtschaftlichen Prosperität gewachsenen Ansprüche reagierten viele Arbeiter besonders erbittert auf die Angriffe auf den erreichten sozialen Status. Diese Bedrohung schlägt allerdings nicht automatisch in Kampfbereitschaft um. Nur wo die Gewerkschaften diese Probleme offensiv aufgriffen, wo die wirklichen Zusammenhänge interpretiert und Alternativpositionen erläutert wurden, waren diese „Handlungsimpulse" in Aktionen umzusetzen.[53] Dann wirkte die Bedrohung des sozialen Standards und der Arbeitsplätze nicht mehr als Streikhemmnis, sondern als ein aktionsförderndes Moment. Dies zeigte sich schon im Lohnstreik 1976 in der Druckindustrie, als die Kampfmotivation der Beschäftigten mehr als die konkrete materielle Forderung umfaßte. Triebkraft war ebenfalls der zunehmende Unmut über die soziale Unsicherheit in der krisengeprägten Druckindustrie, die Willkür und den wachsenden Arbeitsdruck durch die Unternehmer.

Die anfangs skizzierten Zusammenhänge zeigen, daß die Arbeiterklasse nicht aus einer offensiven Position in die diesjährigen Tarifkämpfe gegangen ist. Ausschlaggebendes Moment war auch nicht der aktuelle und sich eigenständig entwickelnde Druck aus den Betrieben, der der Unternehmeroffensive begegnete, sondern eine Mobilisierung der Arbeiterschaft durch die gewerkschaftliche Organisation und ihre Führungen. Größere spontane Streikbewegungen wie die Septemberstreiks 1969 oder die Streiks im Sommer 1973 waren in den letzten Jahren unter den Krisenbedingungen nicht sichtbar. Unter erschwerten Kampfbedingungen erhält der subjektive Faktor, insbesondere die Politik der Gewerkschaften, erhöhte Bedeutung. Die sich während der Streiks entwickelnde Kraft der aktiven Mitgliedschaft war in der Lage, die eigene Gewerkschaftsführung an einigen Punkten weiterzutreiben (so nach 5 Streiktagen in der zweiten Urabstimmung in den Seehäfen) oder vorschnelle, unzureichende Kompromisse zu verhindern (so Ende Januar 1978 in der Druckindustrie).

Die Realität und die Erfordernisse des Arbeitskampfes entziehen einer Sozialpartnerschaftspolitik in den Gewerkschaften den Boden. Mit „Sozialpartner"-Floskeln ist die Mitgliederbasis nicht zu mobilisieren, sie werden zudem — wie in den Frühjahrskämpfen — von den Unternehmern praktisch widerlegt. Diese Bedingungen erweitern die Möglichkeiten einer konsequenten, an der Realität des Klassenkampfes orientierten Gewerkschaftspolitik. Die Erfahrungen bestätigen auch, daß ungeachtet aller Differenzierungen die Gewerkschaften als die Interessenorganisationen der Arbeiterklasse anzusehen sind, und nicht, wie von „undogmatischer Seite" neuerdings nahegelegt, als „bürokratisch verfaßte, intermediäre Organisationen zwischen Kapital und Arbeit".[54]

Defensive und offensive Momente

Die Ergebnisse der Tarifrunden der letzten Jahre zeigen, daß lohnpolitische Vorstöße wie in den Streikkämpfen zu Beginn der siebziger Jahre nicht erreicht wurden. Trotz des Widerstandes der Arbeiterklasse ist vielfach noch nicht einmal oder nur knapp eine Sicherung der Realeinkommen durchgesetzt worden. Die anfangs erwähnte zunehmende Här-

53 Vgl. H. Kern, Betrieb als gewerkschaftliches Praxisfeld, in: Borsdorf u. a. (Hrsg.), Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität, Köln 1977, S. 342.

54 So Walther Müller-Jentsch, Die Neue Linke und die Gewerkschaften, in: Das Argument 107, S. 25.

te der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit wird auch darin sichtbar, daß die Streikkämpfe länger geworden sind und die Unternehmer immer häufiger mit Aussperrungen — 1976 und 1978 in der Druckindustrie sogar bundesweit — reagierten.

Hauptinhalt der gewerkschaftlichen Forderungen in den zurückliegenden Kämpfen war die Sicherung des Erreichten, des sozialen Besitzstandes und der Arbeitsplätze. Aus der Verteidigung des Erreichten ist ein Umschlag zu offensiven Forderungen nach Erweiterung demokratischer und sozialer Rechte möglich, insbesondere dann, wenn die Streikkämpfe wie im Frühjahr 1978 an Breite und Intensität gewinnen. Die Ergebnisse des Tarifkampfes in der Druckindustrie etwa gehen über die sozialen Rechte hinaus, wie sie bisher in Tarifverträgen und im Betriebsverfassungsgesetz festgelegt sind. Damit wurde der Handlungsspielraum des Kapitals eingeschränkt.

Auf einige der in den Frühjahrskämpfen 1978 sichtbar gewordenen neuen Momente gewerkschaftlicher Politik soll im folgenden ausführlicher eingegangen werden. Die gesellschaftspolitische Dimension dieser Auseinandersetzung wurde auf beiden Seiten der Front gesehen, da die gewerkschaftlichen Forderungen nach Erhaltung von Arbeitsplätzen, Qualifikationen und Einkommen grundsätzlich der kapitalistischen Logik bei Rationalisierungen und Einführung neuer Technologien widersprechen. Die rasante Entwicklung der neuen Technik, die vom Kapital als „Kriegsmittel" gegen die Arbeiterklasse nicht nur in der Druckindustrie, sondern in absehbarer Zeit auch in anderen Wirtschaftsbereichen eingesetzt werden wird, hat die konkret erfahrbaren Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit verschärft, die Grenzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems sichtbar gemacht und damit den „über dem technischen Fortschritt liegende(n) Schleier gesellschaftlicher Neutralität aufgerissen".[55]

Während in den sechziger Jahren die Folgen der wissenschaftlich-technischen Veränderungen zeitweilig durch eine schnell wachsende Akkumulation des Kapitals ausgeglichen werden konnten, existierten diese Voraussetzungen in den siebziger Jahren nicht mehr. Dies hat in der gewerkschaftlichen Diskussion die Erkenntnis gefördert, „daß der technische Fortschritt keineswegs widerstandslos hinzunehmenden Sachzwängen, sondern gesellschaftlichen, in Klasseninteressen sich ausdrückenden Gesetzmäßigkeiten unterworfen ist".[56] Diesen Umdenkungsprozeß drückt der Vorsitzende der IG Druck und Papier, *Leonhard Mahlein,* selbstkritisch so aus: „Sind wir nicht selbst zu euphorisch diesem technischen Fortschritt nachgejagt; obwohl man wissen mußte, daß sich dahinter recht handfeste wirtschaftliche und ausschließlich kapitalorientierte Interessen verbergen? ... Die gewerkschaftliche Haltung zu Rationalisierung und Technisierung ist vor dem Hintergrund der akuten Beschäftigungsprobleme und der diese verschärfenden Folgewirkungen neu zu überdenken."[57]

Während die von den Gewerkschaften Ende der sechziger Jahre durchgesetzten Rationalisierungsschutzabkommen sich im wesentlichen darauf beschränkten, einen finanziellen Ausgleich für den Verlust des Arbeitsplatzes zu gewähren, d. h. also lediglich die Folgen zu regeln, wird nunmehr eine Einflußnahme auf den Prozeß der technischen Rationalisierung selbst angestrebt. An der Entwicklung dieser neuen tarifpolitischen Zielsetzung, deren Kern sich folgendermaßen zusammenfassen läßt, hat die IG Druck und Papier ei-

55 L. Peter, Neue Technik..., a. a. O., S. 27.

56 Ebenda, S. 29.

57 L. Mahlein, Mündl. Rechenschaftsbericht auf dem 11. o. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, Oktober 1977, S. 58.

nen maßgeblichen Anteil: „Es geht uns nicht um einen Stop, sondern um eine sozialadäquate Kontrolle und Steuerung, erforderlichenfalls um eine zeitliche Streckung des Rationalisierungs- und Technisierungsprozesses... Die Gewerkschaften müssen auf dem Wege der tarifvertraglichen Garantien — unter Ausschöpfung aller Rechte der Betriebs- und Unternehmensverfassung — darauf drängen, den Rationalisierungs- und Technisierungsprozeß in Betrieb, Unternehmen und Branche an die Einhaltung bestimmter inhaltlicher und verfahrensmäßiger Kriterien zu binden. Rationalisierungsmaßnahmen dürfen erst dann eingeleitet werden, wenn die sozialen Folgen für die Arbeitnehmer abzusehen und befriedigend gelöst sind."[58]

Nun konnten diese Zielsetzungen noch keineswegs in den im Frühjahr 1978 erkämpften Tarifverträgen durchgesetzt werden. Allerdings bedeutet trotz seines Kompromißcharakters der Tarifvertrag zur „Neuen Technik" in der Druckindustrie einen wichtigen Schritt in dieser Richtung und geht über die Sozialplanregelungen der bisherigen Rationalisierungsschutzabkommen hinaus. Er bedeutet ein Stück Kontrolle über die Besetzung der Arbeitsplätze, über die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen. Hierin liegt auch die „Qualität" dieser über die „klassische" Tarifpolitik hinausreichenden Inhalte. Lohnforderungen treffen immer auf den Widerstand des Kapitals, da sie seine Profite einschränken. Der Lohnkampf ist nach kapitalistischer Logik jedoch nicht illegitim, er ist die Voraussetzung zur Durchsetzung des kapitalistischen Lohngesetzes. Kämpfe um die Besetzung von Arbeitsplätzen, um Arbeitsbedingungen, d. h. um die Art und Weise der Nutzung der vom Unternehmer gekauften Ware Arbeitskraft, greifen in seine Verfügungsgewalt ein, sind nach kapitalistischer Logik nicht legitim. Daher erklärt sich auch der harte Widerstand der Unternehmer gegen jede inhaltliche Ausweitung der Tarifpolitik. „Nach wie vor ist es für die Unternehmer eine Grundsatzfrage ersten Ranges, ihre Verfügungsgewalt über Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen soweit wie möglich von tarifvertraglicher Regelung freizuhalten, mindestens aber soviel wie möglich übertariflichen Spielraum zu behalten."[59] Es sollte auch nicht übersehen werden, daß die Durchsetzung solcher Forderungen, die die unternehmerische Autonomie in Frage stellen, neue wichtige Ansatzpunkte für eine Vermittlung mit dem Kampf um demokratische Kontrolle und Mitbestimmung auf allen Ebenen bietet. Der gewerkschaftlichen Forderung nach Mitbestimmung können so neue Impulse und eine konkrete, nicht-sozialpartnerschaftliche Bestimmung gegeben werden, durch die die Mobilisierungsmöglichkeiten erhöht werden.[60]

Forderungen nach Kontrolle des technischen Fortschritts durch die Arbeiterklasse, nach menschenwürdiger Gestaltung der Arbeitsbedingungen, nach Sicherung einer sinnvollen, qualifizierten Tätigkeit berühren die Frage nach der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiterklasse. Sie gehen in ihrer Wirkung über die ökonomische Sphäre hinaus und bieten neue Ansatzpunkte zur Entwicklung von Klassenbewußtsein.

Die durch die Rationalisierung ausgelösten sozialen Probleme treffen die einzelnen Be-

58 Ebenda, S. 59. Ausführlicher dazu: U. Zachert, Rationalisierung — Stillegung — Arbeitsplatzverlust: Möglichkeiten und Perspektiven gewerkschaftlicher Gegenwehr, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/77, S. 281 ff., und S. Balduin, Gewerkschaftliche Politik zur Einflußnahme auf Arbeitsbedingungen und Beschäftigung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6/1977, S. 345 ff.

59 H. Mayr, in: Werktage werden besser, Köln—Frankfurt 1977, S. 8.

60 E. Dähne/K. Pickshaus/K. Priester, Thesen zum politischen Stellenwert der „Humanisierungs"-Debatte für die Gewerkschaftspolitk in der Bundesrepublik, in: Humanisierung der Lohnarbeit? Argument-Sonderband 14, West-Berlin 1977, S. 166 ff.

schäftigtengruppen zumeist in sehr unterschiedlicher Weise. Daraus können sich, wie die Erfahrungen der IG Druck und Papier zeigen, auch Konkurrenzsituationen und Entsolidarisierungsprozesse ergeben. Für die Gewerkschaften besteht daher im Gegensatz zu den meist unter einheitlichen Forderungen verlaufenden Lohnbewegungen die Aufgabe, die jeweils spezifischen Forderungen mit den Fragen, die die allgemeine Betroffenheit der Arbeiter und Angestellten sichtbar machen, zu vermitteln. Dies ist in der Druckindustrie zumindest in der letzten Phase unter der Losung „Es geht um unsere Arbeitsplätze" und in der Metallindustrie „Sicherung des sozialen Besitzstandes" gelungen. Die Durchsetzung der tariflichen Forderungen für den Satzbereich wurde weit über die IG Druck und Papier hinaus als exemplarische Auseinandersetzung begriffen, die richtungsweisend für die gesamte Gewerkschaftsbewegung ist. Daß dies sich in einer breiten Solidarität niederschlug, kennzeichnet auch das politische Niveau dieser Arbeitskämpfe.

Die Dialektik von defensiven und offensiven Momenten wird insbesondere auch im breiten Widerstand der Gewerkschaftsbewegung gegen die Aussperrungen deutlich. Die Aussperrungen in der Druck- und Metallindustrie, mit denen die Gewerkschaften finanziell ausgeblutet und in die Knie gezwungen werden sollten, entwickelten sich für die Unternehmer zu einem Bumerang. Es entstand die bislang stärkste Bewegung gegen dieses Kampfmittel der Unternehmer, bei der die Betroffenen neue Einsichten und auch neue Kampfformen entwickelten. Es kam zu ersten, gegen die Aussperrung gerichteten Betriebsbesetzungen. Der Umschlag in offensive Elemente kam auch in der vielerorts gezeigten Parole „Wer aussperrt, gehört eingesperrt!" zum Ausdruck. Entgegen dem unternehmerischen Ziel, die streikenden Gewerkschaften zu isolieren, entwickelte sich während der Aussperrung eine neue Qualität an Solidarität im DGB, aber auch in Teilen der Öffentlichkeit. Zugleich entstand dabei eine Bewegung gegen die Aussperrung und für die Erhaltung der demokratischen Rechte der Gewerkschaften, die zahlreiche Vermittlungsglieder zur demokratischen Bewegung gegen die Einschränkung der Grundrechte, insbesondere durch die Berufsverbote, besitzt und dieser wichtige Impulse geben kann. Der Kampf gegen die Aussperrung gewinnt in der Gewerkschaftsbewegung eine wichtige vereinheitlichende politische Funktion.

Dies gilt in ähnlicher Weise auch für die Forderung nach Verwirklichung des Rechts auf Arbeit. Die positive Resonanz von Forderungen nach Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Öffentlichkeit erwies sich im Arbeitskampf 1978 in der Druckindustrie, der — auch aufgrund verbesserter Öffentlichkeitsarbeit — eine breitere Sympathie und Solidarisierung auslöste als der Lohnkampf 1976. Eine vom 11. o. DGB-Bundeskongreß im Mai 1978 beschlossene „Aktion Stop Arbeitslosigkeit" unter der Forderung nach dem Recht auf Arbeit könnte bei Vermittlung mit den praktischen Auseinandersetzungen eine Vereinheitlichung der zahlreichen betrieblichen, regionalen und Branchenkämpfe erreichen und damit große politische Brisanz und Durchschlagskraft entwickeln.